

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Ergebnisse der Kundenbefragung 2000 im Überblick (Teil 2)</b>	
<b>1. Bürgerbeteiligung</b>	<b>1</b>
<b>2. Mitgliedschaft in Vereinen und Ehrenämter</b>	<b>2</b>
2.1. Anzahl Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen	2
2.2. Übernahme von Aufgaben und Funktionen in Vereinen und Organisationen	4
2.3. Ehrenamt	5
<b>3. Beteiligung an kommunalen Planungen und Vorhaben</b>	<b>6</b>
3.1. Bereitschaft sich an kommunalen Planungen und Vorhaben zu beteiligen	6
3.2. Gründe für die Nichtteilnahme an kommunalen Planungen und Vorhaben	10
3.2.1. Alter	10
3.2.2. Geschlecht	12
3.2.3. Sozialer Status	12
3.3. Voraussetzungen für die Teilnahme der Bürger und Bürgerinnen an kommunalen Planungen und Vorhaben	13
3.3.1. Alter	15
3.3.2. Sozialer Status	16
<b>4. Beteiligung von Kinder und Jugendlichen</b>	<b>18</b>
<b>5. Patenschaften bei kommunalen Aufgaben</b>	<b>20</b>
5.1. Bereitschaft Patenschaften zu übernehmen	22
5.2. Warum werden keine Patenschaften übernommen?	23
5.2.1. Alter	24
5.2.2. Sozialer Status	24
5.3. Bedingungen, die bei der Übernahme von Patenschaften erfüllt sein sollten	25
<b>6. Lokale Agenda 21</b>	<b>28</b>
6.1. Kenntnis des Begriffs 'Lokale Agenda 21'	28
6.2. Medien, mit denen sich über die 'Lokale Agenda 21' informiert wurde	29
<b>7. Anregungen, Kritik und Lob</b>	<b>31</b>
7.1. Kundenbefragung und Fragebogen	31
7.2. Verwaltung	31
7.3. Verkehr und Parken	32
7.4. Sauberkeit der Stadt	32
7.5. Sonstige Nennungen	33
<b>8. Fazit und Zusammenfassung</b>	<b>34</b>

**Tabellenverzeichnis**

	Seite
Tabelle 1: Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen nach soziodemografischen Merkmalen	3
Tabelle 2: Übernahme von Aufgaben/Funktionen in Vereinen/ Organisationen nach soziodemografischen Merkmalen	4
Tabelle 3: Ehrenamtliche Tätigkeit nach soziodemografischen Merkmalen	5
Tabelle 4: Bereitschaft sich an kommunalen Planungen und Vorhaben zu beteiligen nach soziodemografischen Merkmalen	7
Tabelle 5: Beteiligung an kommunalen Planungen und Vorhaben nach der Mitgliedschaft in Vereinen/Organisationen und der Übernahme von Aufgaben/Funktionen	9
Tabelle 6: Anzahl der Nennungen in % für Gründe an der Nichtteilnahme an kommunalen Planungen und Vorhaben nach Altersklassen (Mehrfachnennungen)	11
Tabelle 7: Anzahl der Nennungen in % für Gründe an der Nichtteilnahme an kommunalen Planungen und Vorhaben nach dem Geschlecht (Mehrfachnennungen)	12
Tabelle 8: Anzahl der Nennungen in % für Gründe an der Nichtteilnahme an kommunalen Planungen und Vorhaben nach dem sozialen Status (Mehrfachnennungen)	12
Tabelle 9: Wichtigkeit von Bedingungen für die Teilnahmebereitschaft an kommunalen Planungen und Vorhaben	14
Tabelle 10: Voraussetzungen für die Teilnahme an kommunalen Planungen nach Altersklassen	16
Tabelle 11: Voraussetzungen für die Teilnahme an kommunalen Planungen nach dem sozialen Status	17
Tabelle 12: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nach der eigenen Beteiligung an kommunalen Planungen und ob Kinder im Haushalt vorhanden sind	19
Tabelle 13: Kenntnis der Möglichkeit Patenschaften zu übernehmen nach der Wohndauer in Saarbrücken	21
Tabelle 14: Kenntnis der Möglichkeit Patenschaften zu übernehmen nach Altersklassen	21
Tabelle 15: Bereitschaft Patenschaften zu übernehmen nach Altersklassen	22
Tabelle 16: Bereitschaft Patenschaften zu übernehmen nach dem sozialen Status	22
Tabelle 17: Gründe für die Nichtteilnahme an Patenschaften nach Altersklassen (Mehrfachnennungen)	24
Tabelle 18: Gründe für die Nichtteilnahme an Patenschaften nach dem sozialen Status (Mehrfachnennungen)	25
Tabelle 19: Mittelwertvergleich von Bedingungen bei der Übernahme von Patenschaften nach Altersklassen	26
Tabelle 20: Mittelwertvergleich von Bedingungen bei der Übernahme von Patenschaften nach dem sozialen Status	27
Tabelle 21: Kenntnis des Begriffs 'Lokale Agenda 21' nach Altersklassen und dem sozialen Status	29

**Abbildungsverzeichnis**

	Seite
Abbildung 1: Anzahl Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen	2
Abbildung 2: Bereitschaft sich an kommunalen Planungen und Vorhaben zu beteiligen	6
Abbildung 3: Nennungshäufigkeit von Gründen, warum sich nicht kommunalen Planungen und Vorhaben beteiligt wird	11
Abbildung 4: Zustimmung zu den Plänen der Stadtverwaltung Kinder und Jugendliche stärker zu beteiligen	18
Abbildung 5: Kenntnis der Möglichkeit Patenschaften zu übernehmen	20
Abbildung 6: Anzahl Nennungen von Gründen für eine Nichtteilnahme an kommunalen Planungen	23
Abbildung 7: Wichtigkeit von Bedingungen bei der Übernahme von Patenschaften	25
Abbildung 8: Anzahl Nennungen der Medien, mit deren Hilfe sich die Befragten über die 'Lokale Agenda 21' informierten (Mehrfachnennungen)	30
Karte: Bereitschaft sich an kommunalen Planungen und Vorhaben zu beteiligen nach Distrikten (in %)	8

## Ergebnisse im Überblick (Teil 2)

### • Mitgliedschaft in Vereinen und Ehrenämter

- 54 % der Befragten sind Mitglied in einem Verein oder Organisation, davon jeweils 1/3 der Befragten in einem bzw. zwei Vereinen
  - **die Mitgliedschaft in einem Verein/Organisation variiert hinsichtlich dem Geschlecht, dem Alter, dem sozialen Status und zwischen Deutschen und EU-Ausländern**
- Aufgaben und Funktionen in einem Verein/Organisation haben eher Männer und Personen mit einem höheren sozialen Status übernommen
- 14 % aller Befragten üben ein Ehrenamt aus

### • Bereitschaft sich stärker an kommunalen Planungen und Vorhaben zu beteiligen

- 55,4 % der Befragten könnten sich eine stärkere Beteiligung bei kommunalen Planungen/Vorhaben vorstellen. Dies sind vor allem Jüngere, Männer, Personen mit einem höheren sozialen Status und Personen, die sich in anderen Bereichen bereits engagieren
- Aus der Sicht der Befragten wirken sich folgende Bedingungen fördernd auf die Teilnahmebereitschaft aus:
  - Meinungen und Vorschläge der BürgerInnen müssen ernstgenommen werden
  - Die gemeinsam von Bürgern und Verwaltung erarbeiteten Vorschläge auch umgesetzt werden
  - Vorhaben rechtzeitig bekannt gegeben werden
  - Wenn die Ideen und Vorschläge der Bürger stärker in die Arbeit von Rat und Verwaltung einbezogen würden
- die Gründe, warum sich Befragte nicht an kommunalen Planungen/Vorhaben beteiligen, sind hinsichtlich soziodemografischer Merkmale z.B. Alter, sozialer Status unterschiedlich
- die am häufigsten genannten Gründe waren:
  - aus persönlichen Gründen (z.B. zu alt, krank, ...)
  - keine Zeit

### • Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

- 73,9 % aller Befragten halten eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen für eine gute Sache.
- Noch größer ist die Zustimmung von Eltern (83,6 %)

### • Übernahme von Patenschaften

- 53,8 % der Befragten hatten nichts von der Möglichkeit gewusst, Patenschaften für Bäume, Grünanlagen oder Spielplätze zu übernehmen. Dies sind in besonderem Maße jüngere Befragte und Befragte, die weniger als 11 Jahre in Saarbrücken wohnen.
- Die Bereitschaft Patenschaften zu übernehmen sinkt mit zunehmendem Alter.
- Die wichtigsten Rahmenbedingungen bei der Übernahme einer Patenschaft sind
  - Die Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Fachamt muss funktionieren
  - Der Zeitaufwand muss in einem erträglichen Rahmen bleiben
  - Das Arbeitsmaterial könnte gestellt werden
  - Die Unkosten könnten erstattet werden

- Als häufigster Grund, warum keine Patenschaft übernommen wird, wurde wieder 'fehlende Zeit' und 'aus persönlichen Gründen' genannt.
- Auch diese Gründe werden je nach soziodemografischer Gruppe unterschiedlich gewichtet.
- **Lokale Agenda 21**
  - Der Begriff 'Lokale Agenda 21' ist in der Bevölkerung kaum bekannt. Nur 18 % der Befragten kannten diesen Begriff und sogar nur 4 % im Zusammenhang mit der Kommunalpolitik in Saarbrücken
  - Die häufigsten Informationsmedien waren die Regionalzeitungen (Saarbrücker Zeitung und Wochenspiegel)

## 1. Bürgerbeteiligung

Die Beteiligung der BürgerInnen am kommunalen Geschehen ist ein ureigenes Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung. Die örtliche Gemeinschaft steuert sich selbst durch die Partizipation der BürgerInnen.

Bürgerbeteiligung erfolgt in der Regel im Rahmen institutionalisierter Verfahren und Konzepte, insbesondere zur Mitwirkung an Planungs- und Entscheidungsprozessen. Diese Form der BürgerInnenbeteiligung bezieht sich auf die politische Teilhabe der BürgerInnen und auf die Verbesserung der Entscheidungsqualität. Von sich aus wurden die BürgerInnen oft dann aktiv, wenn es darum ging, für sie negative Auswirkungen kommunaler Planungen oder Vorhaben abzuwenden.

Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung stand eine weitergehende BürgerInnenbeteiligung noch nicht im Vordergrund. In den Reformbemühungen der Kommunen lagen die Schwerpunkte bisher in der Optimierung der Binnenstrukturen und der Dienstleistungsfunktion.

In neuster Zeit lässt sich verstärkt sich der Ruf nach mehr Beteiligung feststellen. Bürgerbeteiligung soll dabei nicht nur den rechtlich formalen Anforderungen genügen, sondern geht dabei von einem neuen Verständnis zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft aus. Nicht Dualismus, auf der einen Seite Politik und Verwaltung und auf der anderen Seite die Bürger, sondern gemeinschaftliche Kooperation ist das Leitbild der neuen Bürgerbeteiligung. Langfristig soll durch die Einbeziehung der BürgerInnen der Gemeinssinn revitalisiert werden. Von allen Beteiligten erfordert dies neue Formen und Verfahren im Umgang miteinander.

Die Landeshauptstadt Saarbrücken will diesen Prozess offensiv angehen und unterstützen. Mit der Kundenbefragung 2000 sollten für diesen Prozess erste Informationen gewonnen und folgende Fragen beantwortet werden.

- Wie sieht das Engagement der BürgerInnen im Bereich von Vereinen, Organisationen und Ehrenämtern aus?
- Wie groß ist die Bereitschaft der BürgerInnen sich generell an kommunalen Planungen und Vorhaben zu beteiligen?
- Welche Gruppen wollen sich nicht beteiligen und was sind die Gründe dafür?
- Welche Anforderungen müssen erfüllt sein, um die Beteiligungsbereitschaft zu erhöhen?
- Sollten auch Kinder und Jugendliche beteiligt werden?
- Inwieweit sind die Bürger bereit, kommunale Aufgaben selbst zu übernehmen?
- Wie bekannt ist der Begriff 'Lokale Agenda 21'?

## 2. Mitgliedschaft in Vereinen und Ehrenämter

Ein klassisches Feld bürgerschaftlichen Engagements ist die Mitgliedschaft in Clubs, Parteien, Gewerkschaften usw. insbesondere aber in den vielen Vereinen.

Ohne die Bereitschaft einzelner sich dabei besonders zu engagieren, in dem sie die verschiedensten Aufgaben übernehmen und dabei oft Zeit und auch Geld investieren, könnte vieles nicht geleistet werden, dass sich auch positiv auf die Gesellschaft als Ganzes auswirkt.

Eine besondere Form des bürgerlichen Engagements ist die Übernahme von ehrenamtlichen Tätigkeiten. Im Gegensatz zur Mitgliedschaft in einem Verein, in dem eigene Bedürfnisse befriedigt werden können, verlangt das Ehrenamt oft einen Einsatz ohne entsprechende Vorteile.

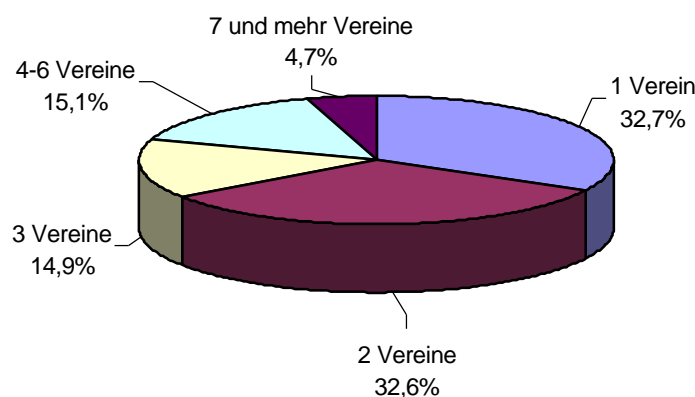
In der Kundenbefragung 2000 wollten wir deshalb wissen, inwieweit die Saarbrücker BürgerInnen sich in Vereinen usw. engagieren oder auch Ehrenämter übernommen haben. Dabei interessierte nicht nur, ob es Unterschiede hinsichtlich soziodemografischer Merkmale gibt, sondern auch, ob es einen Zusammenhang mit der Bereitschaft gibt, sich bei kommunalen Planungen und Aufgaben zu engagieren. Denn die Vermutung ist, dass Personen, die sich in anderen Bereichen engagieren, dies auch bei kommunalen Angelegenheiten tun würden.

### 2.1. Anzahl Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen

Von den 1.844 Befragten, die hierzu geantwortet haben, ist über die Hälfte (54,0 % = 996 Befragte) der Befragten Mitglied in einem Verein oder einer Organisation<sup>1)</sup>.

Von diesen 996 Befragten waren jeweils knapp 1/3 in einem bzw. 2 Vereinen, 14,9 % in 3 Vereinen und 19,8 % in 4 und mehr Vereinen und/oder Organisationen Mitglied.

**Abbildung 1: Anzahl Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen**



Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

<sup>1)</sup> In der 1989 durchgeführten Bürgerumfrage der Landeshauptstadt Saarbrücken gaben 59 % der Befragten an, dass sie Mitglied in einem Verein oder einer Organisation sind. Da in der damaligen Umfrage an Hand einer Liste von Vereinen und Organisationen und mit Hilfe von Interviewern die Daten erhoben wurden, während in der jetzigen Umfrage ohne besondere Vorgaben die Zahl der Mitgliedschaften erhoben wurde, ist bei der Kundenumfrage 2000 tendenziell eher von einer Untererfassung der Mitgliedschaften auszugehen.

Die Befragten unterscheiden sich hinsichtlich der Vereins-/Organisationszugehörigkeit bei einer Vielzahl soziodemografischer Merkmale (siehe Tabelle 1).

Von den Männern sind nur 40,2 % in keinem Verein Mitglied, während es über die Hälfte (51,1 %) der Frauen sind. Auch zwischen Deutschen und den EU-Ausländern zeigen sich signifikante Unterschiede. Von den EU-Ausländer sagten 61,3 %, dass sie keinem Verein oder Organisation angehören und von den deutschen Befragten nur 45,2 %.

**Mit zunehmendem sozialen Status<sup>1)</sup> steigt auch die Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen. So haben 58,0 % der Befragten mit einem niedrigen sozialen Status keine Mitgliedschaft, 47,5 % der Befragten mit einem mittleren sozialen Status und nur 36,3 % der Befragten mit einem hohen sozialen Status.**

**Tabelle 1: Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen nach soziodemografischen Merkmalen**

	Mitglied im Verein/Organisation				Gesamt	
	nein		ja		abs.	in %
	abs.	in %	abs.	in %		
<b>insgesamt</b>	848	46,0	996	54,0	1.844	100,0
<b>sozialer Status</b>						
niedrig	149	58,0	108	42,0	257	100,0
mittel	390	47,5	431	52,5	821	100,0
hoch	207	36,3	364	63,7	571	100,0
ohne Angabe	102	52,3	93	47,7	195	100,0
<b>Geschlecht</b>						
weiblich	495	51,1	473	48,9	968	100,0
männlich	340	40,2	505	59,8	845	100,0
ohne Angabe	13	41,9	18	58,1	31	100,0
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	58	47,5	64	52,5	122	100,0
25-34 Jahre	130	47,3	145	52,7	275	100,0
35-44 Jahre	137	43,1	181	56,9	318	100,0
45-54 Jahre	112	40,4	165	59,6	277	100,0
55-64 Jahre	137	42,0	189	58,0	326	100,0
65-74 Jahre	118	49,0	123	51,0	241	100,0
75 Jahre u.ält.	75	53,2	66	46,8	141	100,0
ohne Angabe	81	56,3	63	43,8	144	100,0
<b>Staatsangehörigkeit</b>						
Deutsch	779	45,2	943	54,8	1722	100,0
EU-Ausländer	57	61,3	36	38,7	93	100,0
ohne Angabe	12	41,4	17	58,6	29	100,0

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen –

Differenziert nach dem Alter, zeigt sich ein U-förmiger Verlauf. In der Altersgruppe 18-24 Jahre sind 47,5 % der Befragten in keinem Verein Mitglied. Dieser Wert sinkt dann auf 40,4 % in der Altersgruppe 45-54 Jahre, um dann wieder bis auf 53,2 % bei den 75-Jährigen und älter anzusteigen.

<sup>1)</sup> Die 3 Merkmale Schulbildung, Ausbildungsabschluss und Stellung im Beruf wurden zusammengefasst und bilden den Indikator 'sozialer Status'

## 2.2. Übernahme von Aufgaben und Funktionen in Vereinen und Organisationen

Die Übernahme von Aufgaben und Funktionen innerhalb der Vereine und Organisationen geschieht oft ohne direkte Entschädigungen für die aufgebrauchte Zeit und Arbeit und ist daher als besonderes Engagement anzusehen.

Von den 996 Befragten, die Mitglied in einem Verein oder Organisation sind, hat über ein Drittel (35,5 %) mindestens noch eine besondere Aufgabe und/oder Funktion übernommen.

Funktionsträger sind vor allem männliche Befragte und Personen mit einem höheren Status (siehe Tabelle 2).

Der Anteil der Männer (41,6 %), die eine Aufgabe oder Funktion übernommen haben, ist um 12,2 %-Punkte größer als der Anteil der Frauen (29,4 %). Beim sozialen Status steigt der Anteil der Funktionsträger von 26,9 % bei den Befragten mit einem niedrigen sozialen Status bis auf 40,4 % bei den Befragten mit einem hohen Status.

**Tabelle 2: Übernahme von Aufgaben/Funktionen in Vereinen/Organisationen nach soziodemografischen Merkmalen**

	Aufgaben/Funktionen im Verein				Gesamt	
	nein		ja		abs.	in %
	abs.	in %	abs.	in %		
<b>insgesamt</b>	642	64,5	354	35,5	996	100,0
<b>sozialer Status</b>						
niedrig	79	73,1	29	26,9	108	100,0
mittel	288	66,8	143	33,2	431	100,0
hoch	217	59,6	147	40,4	364	100,0
ohne Angabe	58	62,4	35	37,6	93	100,0
<b>Geschlecht</b>						
weiblich	334	70,6	139	29,4	473	100,0
männlich	295	58,4	210	41,6	505	100,0
ohne Angabe	13	72,2	5	27,8	18	100,0
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	37	57,8	27	42,2	64	100,0
25-34 Jahre	99	68,3	46	31,7	145	100,0
35-44 Jahre	115	63,5	66	36,5	181	100,0
45-54 Jahre	103	62,4	62	37,6	165	100,0
55-64 Jahre	112	59,3	77	40,7	189	100,0
65-74 Jahre	79	64,2	44	35,8	123	100,0
75 Jahre u.ält.	55	83,3	11	16,7	66	100,0
ohne Angabe	42	66,7	21	33,3	63	100,0
<b>Staatsangehörigkeit</b>						
Deutsch	608	64,5	335	35,5	943	100,0
EU-Ausländer	22	61,1	14	38,9	36	100,0
ohne Angabe	12	70,6	5	29,4	17	100,0

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

Beim Alter fällt nur der hohe Anteil von 42,2 % der 18-24-Jährigen auf. Die häufig noch fehlende Inanspruchnahme durch Familie und Beruf ermöglicht es dieser Altersgruppe besonders aktiv zu sein. Ähnliches gilt auch für die Befragten im Alter von 55-64 Jahren. Auch in dieser Gruppe ist der Anteil der Befragten, die eine Aufgabe oder Funktion übernommen haben, mit 40,7 % noch relativ hoch.

Zwischen Deutschen und den EU-Ausländern gibt es so gut wie keine Unterschiede.

### 2.3. Ehrenamt

**264 Befragte (14,1 % aller Befragten) üben ein Ehrenamt aus. Größere soziodemografische Unterschiede lassen sich nur beim sozialen Status feststellen (siehe Tabelle 3). Auch hier steigt wieder mit dem sozialen Status der Anteil der Befragten, die ein Ehrenamt übernommen haben. Bei einer Differenzierung nach dem Alter sind nur in den beiden Altersklassen 25-34 Jahre (12,9 %), 35-44 Jahre (11,6 %) und altersbedingt bei den über 75-Jährigen (9,6 %) unterdurchschnittliche Anteile festzustellen.**

Im Gegensatz zu der Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen lässt sich beim Ehrenamt kein signifikanter Unterschied mehr beim Geschlecht feststellen. Ebenfalls gibt es bei der Staatsangehörigkeit keine signifikanten Unterschiede.

**Tabelle 3: Ehrenamtliche Tätigkeit nach soziodemografischen Merkmalen**

	ehrenamtliche Tätigkeit				Gesamt	
	nein		ja			
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
<b>insgesamt</b>	1.611	85,9	264	14,1	1.875	100,0
<b>sozialer Status</b>						
niedrig	239	91,9	21	8,1	260	100,0
mittel	729	87,4	105	12,6	834	100,0
hoch	459	80,0	115	20,0	574	100,0
ohne Angabe	184	88,9	23	11,1	207	100,0
<b>Geschlecht</b>						
weiblich	851	86,6	132	13,4	983	100,0
männlich	723	84,7	131	15,3	854	100,0
ohne Angabe	37	97,4	1	2,6	38	100,0
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	104	83,9	20	16,1	124	100,0
25-34 Jahre	243	87,1	36	12,9	279	100,0
35-44 Jahre	282	88,4	37	11,6	319	100,0
45-54 Jahre	232	83,5	46	16,5	278	100,0
55-64 Jahre	266	81,1	62	18,9	328	100,0
65-74 Jahre	209	84,3	39	15,7	248	100,0
75 Jahre u.ält.	132	90,4	14	9,6	146	100,0
ohne Angabe	143	93,5	10	6,5	153	100,0
<b>Staatsangehörigkeit</b>						
Deutsch	1.491	85,4	254	14,6	1.745	100,0
EU-Ausländer	85	90,4	9	9,6	94	100,0
ohne Angabe	35	97,2	1	2,8	36	100,0

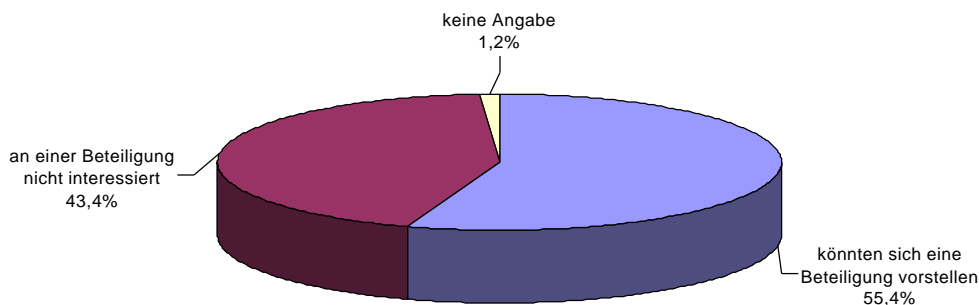
Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

### 3. Beteiligung an kommunalen Planungen und Vorhaben

#### 3.1. Bereitschaft sich an kommunalen Planungen und Vorhaben zu beteiligen

Gut über die Hälfte (55,4 %) der Befragten können sich eine stärkere Beteiligung/Mitwirkung an kommunalen Planungen oder Vorhaben vorstellen. 814 (43,4 %) Befragte sind überhaupt nicht an einer Beteiligung/Mitwirkung interessiert (siehe [Abbildung 2](#)).

**Abbildung 2: Bereitschaft sich an kommunalen Planungen und Vorhaben zu beteiligen**



Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

Signifikante Unterschiede hinsichtlich soziodemografischer und persönlicher Merkmale gibt es zwischen den Befragten, die sich eine Beteiligung vorstellen könnten und den Befragten, die an keiner Beteiligung interessiert sind (siehe [Tabelle 4](#)). Zu nennen sind:

- das Alter: je älter die Befragten, desto geringer die Bereitschaft,
- das Geschlecht: Männer würden sich eher beteiligen als Frauen,
- sozialer Status je höher der soziale Status desto, größer die Bereitschaft,
- Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen Mitglieder in Vereinen/Organisationen beteiligen sich eher, als Personen ohne Vereins- und Organisationszugehörigkeit,
- Funktionsträger Befragte mit Aufgaben/Funktionen in einem Verein/Organisation würden sich noch stärker beteiligen, als Vereins/Organisationsmitglieder ohne Aufgaben oder Funktionen,

Zwischen Deutschen und Ausländern lassen sich keine Unterschiede feststellen.

**Tabelle 4: Bereitschaft sich an kommunalen Planungen und Vorhaben zu beteiligen nach soziodemografischen Merkmalen**

	an einer Beteiligung nicht interessiert		könnten sich eine Beteiligung vorstellen		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
<b>insgesamt</b>	814	44,0	1.038	56,0	1.852	100,0
<b>Geschlecht</b>						
weiblich	472	48,6	499	51,4	971	100,0
männlich	323	38,1	524	61,9	847	100,0
keine Angabe	19	55,9	15	44,1	34	100,0
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	33	26,8	90	73,2	123	100,0
25-34 Jahre	84	30,5	191	69,5	275	100,0
35-44 Jahre	99	31,2	218	68,8	317	100,0
45-54 Jahre	104	37,5	173	62,5	277	100,0
55-64 Jahre	154	47,2	172	52,8	326	100,0
65-74 Jahre	160	65,3	85	34,7	245	100,0
75 Jahre u.ält.	106	73,6	38	26,4	144	100,0
keine Angabe	74	51,0	71	49,0	145	100,0
<b>sozialer Status</b>						
niedrig	167	65,2	89	34,8	256	100,0
mittel	373	45,3	451	54,7	824	100,0
hoch	158	27,7	413	72,3	571	100,0
keine Angabe	116	57,7	85	42,3	201	100,0
<b>Staatangehörigkeit</b>						
Deutsche	754	43,7	973	56,3	1.727	100,0
Ausländer	44	47,3	49	52,7	93	100,0
keine Angabe	16	50,0	16	50,0	32	100,0

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

Da die soziodemografischen Merkmale insbesondere aber der soziale Status räumlich variieren, ist die Teilnahmebereitschaft in den einzelnen Distrikten der Stadt auch unterschiedlich, wie die [Karte auf der nächsten Seite](#) zeigt.

Eine sehr hohe Beteiligungsbereitschaft gibt es fast durchgängig im Stadtteil St. Johann. Bis auf den Distrikt 138 Bruchwiese ist die Beteiligungsbereitschaft überdurchschnittlich bzw. stark überdurchschnittlich. Sehr hoch (über 66,0 %) ist die Bereitschaft noch im Bezirk Halberg (421 Schafbrücke, 431 Bischmisheim und 471 Alt Güdingen) und im Bezirk Dudweiler in den beiden Distrikten 312 Dudweiler-Mitte und 342 Scheidterberg. Relativ hohe Anteile (55,4 % bis unter 66,0 %) gibt es teilweise noch im Stadtteil Alt-Saarbrücken und im Distrikt 161 St. Annual. Im Stadtteil Alt-Saarbrücken sind es wieder die Distrikte mit einem höheren sozioökonomischen Status (111 Schloßplatz, 112 Reppersberg, 114 Triller und 116 Bellevue). Im Stadtteil Malstatt fallen noch die drei Distrikte 122 Rodenhof, 124 Leipziger Straße und 126 Rastpfuhl in diese Kategorie.

Im Bezirk West ist dagegen in allen Distrikten, für die eine Aussage gemacht werden kann, die Beteiligungsbereitschaft unterdurchschnittlich.



Neben der Überprüfung des Einflusses von soziodemografischen Merkmalen auf die Beteiligungsbereitschaft war eine weitere Hypothese, dass Personen, die sich bereits in Vereinen/Organisationen engagieren oder Ehrenämtern übernommen haben, auch im kommunalen Bereich ein höheres Engagement bekunden würden. Wie die [Tabelle 5](#) zeigt, trifft diese Vermutung zu.

Von den Befragten, die in keinem Verein/Organisation Mitglied sind, sagten 48,4 %, dass sie sich eine Beteiligung an kommunalen Planungen vorstellen könnten. Dieser Anteil steigt dann kontinuierlich von 55,3 % bei den Befragten, die in einem Verein Mitglied sind, bis auf 76,7 % bei den Befragten, die in 4-6 Vereinen/Organisationen Mitglied sind. Ein starker Rückgang ist dann bei den Befragten festzustellen, die in mehr als 6 Vereinen Mitglied sind (51,1 %).

Unterscheidet man jetzt noch zwischen den Befragten, die nur einfache Mitglieder sind und denen, die Funktionen/Aufgaben übernommen haben, werden die Unterschiede noch deutlicher. So ist der Anteil der Funktionsträger um mindestens 10 %-Punkte größer, als der der einfachen Mitglieder, wenn es um die Bereitschaft geht, sich an kommunalen Planungen oder Vorhaben zu beteiligen.

**Tabelle 5: Beteiligung an kommunalen Planungen und Vorhaben nach der Mitgliedschaft in Vereinen/Organisationen und der Übernahme von Aufgaben/Funktionen**

Anzahl der Mitgliedschaften (mit u. ohne Funktion) in Vereinen/Organisationen	an einer Beteiligung nicht interessiert		könnten sich eine Beteiligung vorstellen		Gesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
<b>keine Mitgliedschaft</b>	<b>433</b>	<b>51,6</b>	<b>406</b>	<b>48,4</b>	<b>839</b>	<b>100,0</b>
<b>1 Verein</b>	<b>144</b>	<b>44,7</b>	<b>178</b>	<b>55,3</b>	<b>322</b>	<b>100,0</b>
ohne Funktion	128	46,4	148	53,6	276	100,0
mit Funktion	16	34,8	30	65,2	46	100,0
<b>2 Vereine</b>	<b>121</b>	<b>37,5</b>	<b>202</b>	<b>62,5</b>	<b>323</b>	<b>100,0</b>
ohne Funktion	89	40,8	129	59,2	218	100,0
mit Funktion	32	30,5	73	69,5	105	100,0
<b>3 Vereine</b>	<b>45</b>	<b>30,6</b>	<b>102</b>	<b>69,4</b>	<b>147</b>	<b>100,0</b>
ohne Funktion	32	35,2	59	64,8	91	100,0
mit Funktion	13	23,2	43	76,8	56	100,0
<b>4-6 Vereine</b>	<b>35</b>	<b>23,3</b>	<b>115</b>	<b>76,7</b>	<b>150</b>	<b>100,0</b>
ohne Funktion	15	32,6	31	67,4	46	100,0
mit Funktion	20	19,2	84	80,8	104	100,0
<b>7 u. mehr Vereine</b>	<b>22</b>	<b>48,9</b>	<b>23</b>	<b>51,1</b>	<b>45</b>	<b>100,0</b>
ohne Funktion	6	66,7	3	33,3	9	100,0
mit Funktion	16	44,4	20	55,6	36	100,0
<b>Vereine insgesamt</b>	<b>367</b>	<b>37,2</b>	<b>620</b>	<b>62,8</b>	<b>987</b>	<b>100,0</b>
ohne Funktion	270	42,2	370	57,8	640	100,0
mit Funktion	97	28,0	250	72,0	347	100,0

### 3.2. Gründe für die Nichtteilnahme an kommunalen Planungen und Vorhaben

**Es kommen viele Gründe in Frage, sich nicht an kommunalen Vorhaben oder Planungen zu beteiligen. Neben rein persönlichen Gründen, wie Krankheit, kein Interesse oder starke Belastungen, durch Beruf und Familie, gibt es aber auch Faktoren, die eher schichtspezifisch sind. So z.B. das Gefühl sich nicht artikulieren zu können oder doch nichts 'wichtiges' zur Sache beitragen zu können.**

Von den 814 Befragten, die kein Interesse an einer Mitwirkung haben, haben 65 Personen nicht auf die Frage 30 geantwortet, in der nach den Gründen der Nichtteilnahme gefragt wurde. Die 65 Personen, die diese Frage nicht beantwortet haben, waren überdurchschnittlich viele Befragte, die auch andere Fragen nicht immer vollständig ausfüllten. Für die weitere Analyse der Gründe für das fehlende Interesse an einer kommunalen Mitwirkung stehen für die Analyse somit 749 Befragte zur Verfügung. Da mehrere Gründe angegeben werden konnten, ist die Zahl der Nennungen größer als die der Befragten.

Wie die [Abbildung 3](#) zeigt, wurden am häufigsten (40,2 %) persönliche Gründe wie Krankheit, Alter angeführt. In 36,2 % der Nennungen wurde der Grund fehlende Zeit genannt. Es folgen dann mit einem großen Abstand die Gründe 'keine Verpflichtung eingehen' (15,0 %) und 'kann persönlich doch nichts dazu beitragen' (12,4 %), Gründe, die eher auf bestimmte gesellschaftliche Verhaltensmuster hinweisen.

Unter 10 % der Nennungen entfielen auf die Gründe 'dies sei Sache der Verwaltung' (9,2 %) und 'kein Interesse' (7,0 %). Von den Befragten selbst (sonstige Gründe) wurden die bereits vorgegebenen Gründe überwiegend nochmals bestätigt: keine Zeit durch Beruf, Familie oder durch andere Aktivitäten in Vereinen und Ehrenämtern, zu alt und zu krank. Vereinzelt wurde aber auch darauf hingewiesen, dass es keinen Sinn macht mitzuarbeiten, da ja doch an den BürgerInnen vorbei entschieden würde bzw. doch nichts bewegt werden würde.

Diese Ablehnungsgründe werden von den einzelnen soziodemografischen Gruppen aber unterschiedlich häufig angeführt.

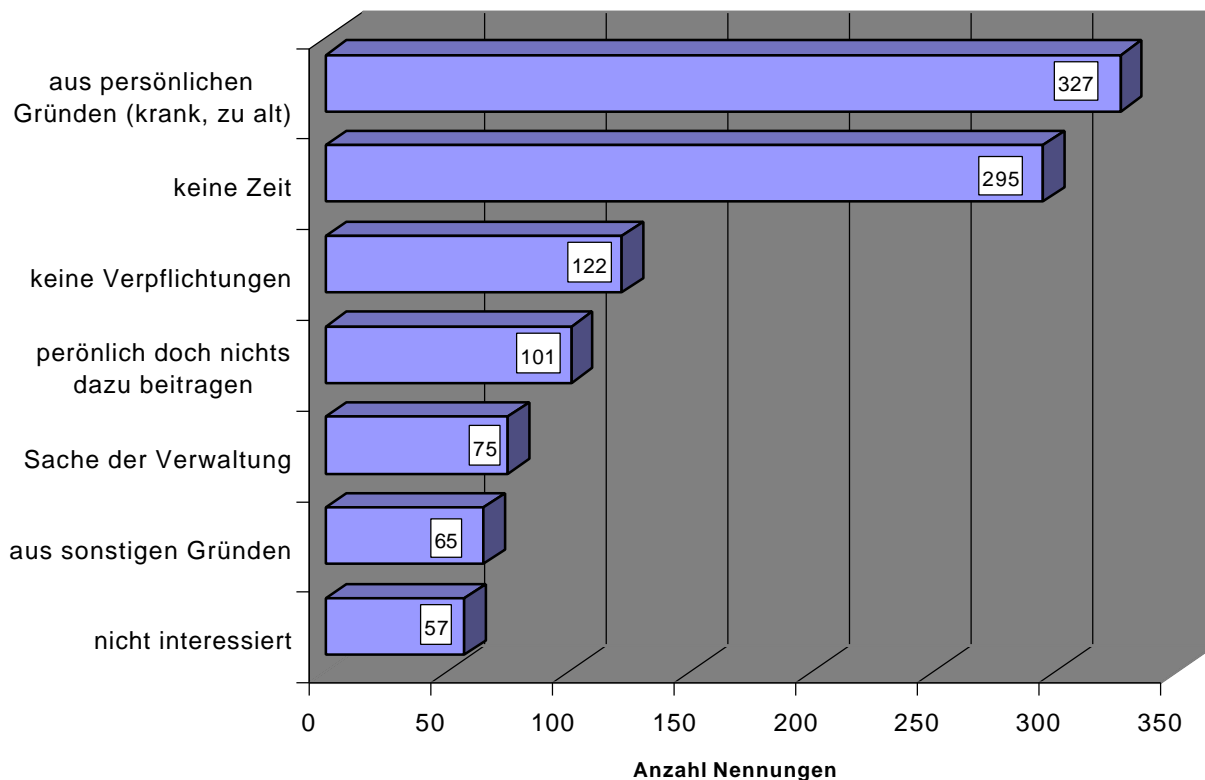
#### 3.2.1. Alter

Für die Befragten von 18-44 Jahre steht als Grund für die Nichtteilnahme hauptsächlich die fehlende Zeit im Vordergrund ([siehe Tabelle 6](#)). Bei den älteren Befragten sind es die persönlichen Gründe wie Krankheit oder das Alter. Diese Gründe sind auf Grund der unterschiedlichen Lebensphasen der einzelnen Altersgruppen sehr plausibel und verständlich.

Bei den 18-24-Jährigen fallen noch zwei weitere Gründe auf, die sich teilweise erheblich von den Nennungen der anderen Altersklassen unterscheiden. Zum einen wurde der Grund 'kein Interesse' überdurchschnittlich häufig genannt. Mit zunehmendem Alter hat dieser Grund eine immer geringere Bedeutung. Von den 18-24-Jährigen nannten dies mit als Grund 38,7 % der Befragten. In der nächsten Altersklasse waren es bereits nur noch 13,0 % der Befragten. Der Wert sinkt dann bis auf 2,1 % bei den 75-Jährigen und älter. Zu vermuten ist, dass die jungen Erwachsenen (18-24 Jahre), im Gegensatz vielleicht zu den anderen Altersgruppen, hier ganz ehrlich geantwortet haben und ihre wirklichen Gründe nicht hinter anderen gesellschaftlich eher akzeptierten Gründen wie z.B. keine Zeit versteckt haben.

Der andere Grund ist, dass sie der Meinung sind, nichts zu Planungen oder Vorhaben beisteuern zu können. Dies als Grund nannten 22,6 % der 18-24-Jährigen, während es im Durchschnitt 13,5 % waren. Nur die Altersklasse von 55-64 Jahre erreichte noch mit 18,3 % einen ähnlich hohen Wert. Bei den jungen Befragten könnte dies als Ausdruck ihrer noch fehlenden Lebenserfahrung angesehen werden.



**Abbildung 3: Nennungshäufigkeit von Gründen, warum sich nicht kommunalen Planungen und Vorhaben beteiligt wird**

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

**Tabelle 6: Anzahl der Nennungen in % für Gründe an der Nichtteilnahme an kommunalen Planungen und Vorhaben nach Altersklassen (Mehrfachnennungen)**

Gründe der Nichtteilnahme	Altersklassen								Gesamt
	18-24 Jahre	25-34 Jahre	35-44 Jahre	45-54 Jahre	55-64 Jahre	65-74 Jahre	75 Jahre u.ält.	ohne Angabe	
Sache der Verwaltung	16,1	11,7	9,3	10,4	13,4	8,9	4,2	9,2	10,0
keine Zeit	77,4	70,1	75,3	58,3	33,1	12,3	9,5	21,5	39,4
kein Interesse	38,7	13,0	9,3	4,2	6,3	3,4	2,1	9,2	7,6
persönliche Gründe	3,2	10,4	12,4	21,9	42,3	75,3	87,4	49,2	43,7
keine Verpflichtung	12,9	23,4	18,6	17,7	16,2	14,4	8,4	20,0	16,3
nichts dazu beitragen	22,6	13,0	13,4	13,5	18,3	10,3	4,2	20,0	13,5
sonstige Gründe	16,1	9,1	7,2	7,3	6,3	3,4	3,2	9,2	6,5
Anzahl Befragte insg.	31	77	97	96	142	146	95	65	749

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

### 3.2.2. Geschlecht

Obwohl Frauen sich weniger häufig an kommunalen Planungen oder Vorhaben beteiligen wollen, lassen sich hinsichtlich der Gründe für die Nichtteilnahme keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen feststellen, wie die [Tabelle 7](#) zeigt.

**Tabelle 7: Anzahl der Nennungen in % für Gründe an der Nichtteilnahme an kommunalen Planungen und Vorhaben nach dem Geschlecht (Mehrfachnennungen)**

Gründe der Nichtteilnahme	Geschlecht			Gesamt
	weiblich	männlich	ohne Angabe	
Sache der Verwaltung	8,9	11,4	14,3	10,0
keine Zeit	39,8	39,6	21,4	39,4
kein Interesse	7,1	8,4	7,1	7,6
persönliche Gründe	44,4	43,6	21,4	43,7
keine Verpflichtung	15,8	16,8	21,4	16,3
nichts dazu beitragen	12,6	14,1	28,6	13,5
sonstige Gründe	5,7	7,4	14,3	6,5
Anzahl Befragte insg.	437	298	14	749

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

### 3.2.3. Sozialer Status

Bei der Unterscheidung nach dem 'sozialen Status' zeigen sich ebenfalls deutliche Unterschiede in den Gründen für eine Nichtteilnahme an kommunalen Planungen und Vorhaben ([siehe Tabelle 8](#)).

**Tabelle 8: Anzahl der Nennungen in % für Gründe an der Nichtteilnahme an kommunalen Planungen und Vorhaben nach dem sozialen Status (Mehrfachnennungen)**

Gründe der Nichtteilnahme	sozialer Status				Gesamt
	niedrig	mittel	hoch	ohne Angabe	
Sache der Verwaltung	13,7	9,7	5,4	12,1	10,0
keine Zeit	26,1	42,6	55,8	24,2	39,4
kein Interesse	11,8	7,7	5,4	4,0	7,6
persönliche Gründe	51,6	39,7	37,4	54,5	43,7
keine Verpflichtung	13,1	18,3	15,0	16,2	16,3
nichts dazu beitragen	22,2	13,4	6,8	10,1	13,5
sonstige Gründe	3,3	6,9	9,5	6,1	6,5
Anzahl Befragte insg.	153	350	147	99	749

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

Wird 'fehlende Zeit' mit zunehmendem höherem Status als Grund immer wichtiger, verhält es sich mit dem Grund 'persönliche Gründe' genau umgekehrt. Dieser Grund wurde von den Befragten mit einem niedrigen sozialen Status am häufigsten genannt.

Aber auch die Gründe 'Sache der Verwaltung', 'kein Interesse' und 'kann nichts dazu beitragen' wurden von den Befragten mit einem niedrigeren sozialen Status häufiger genannt als von den Befragten mit höherem Status. Dies sind Gründe, die durchaus einen schichtspezifischen Charakter haben.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Nichtteilnahme an kommunalen Planungen und Vorhaben je nach Gruppe sehr unterschiedlich sind. Das bedeutet, dass auch unterschiedliche Ansätze notwendig sind, lässt man einmal die persönlichen Gründe wie Krankheit oder sich zu alt fühlen außen vor, wenn diese Gruppen zum Mitmachen gewonnen werden sollen.

### **3.3. Voraussetzungen für die Teilnahme der Bürger und Bürgerinnen an kommunalen Planungen und Vorhaben**

Nachdem im letzten Kapitel gezeigt wurde, aus welchen Gründen die Befragten sich nicht an kommunalen Planungen und Vorhaben beteiligen wollen, sollen in diesem Kapitel die Bedingungen und Voraussetzungen aufgezeigt werden, die sich verstärkend auf die Beteiligungsbereitschaft der Befragten auswirken könnten, bei den Befragten, für die eine Beteiligung denkbar wäre.

Dazu wurde den Befragten eine Reihe von Bedingungen vorgelegt, die sie hinsichtlich ihrer Bedeutung bewerten sollten (muss auf jeden Fall erfüllt sein, bräuchte nicht unbedingt und spielt keine Rolle).

Am wichtigsten ist den Befragten die Bedingung (siehe Tabelle 9), dass die Meinungen und Vorschläge der BürgerInnen ernstgenommen werden. Für 90,9 % der Befragten müsste diese Bedingung erfüllt sein, wenn sie sich stärker beteiligen sollten. An zweiter Stelle mit 82,9 % folgt dann die Bedingung, dass die gemeinsam von Bürgern und Verwaltung erarbeiteten Vorschläge auch umgesetzt würden. In beiden Aussagen kommt der Wunsch nach mehr Akzeptanz der BürgerInnen gegenüber der Verwaltung zum Ausdruck. Wenn die BürgerInnen sich beteiligen, dann wollen sie nicht wie unmündige Bürger behandelt werden, sondern die Verwaltung hat ihre Meinungen und Vorschläge auch zu akzeptieren und im Falle eines gemeinsamen Beschlusses auch dafür zu sorgen, dass er umgesetzt wird. Das bedeutet aber auch, dass die BürgerInnen nicht mehr nur nachgeordnete Beteiligte sein wollen, sondern von Anfang an mitbeteiligt werden wollen. Darauf wiesen die Befragten durch die ebenfalls hohe Zustimmung (73,9 %) zur Bedingung 'dass die Ideen und Vorschläge der Bürger stärker in die Arbeit von Stadtrat und Verwaltung einbezogen werden müssen' hin.

An dritter Stelle folgt der Wunsch nach rechtzeitiger Information<sup>1)</sup>. 81,7 % der Befragten halten dies für eine Bedingung, die auf jeden Fall erfüllt sein muss. Die hohe Zustimmung hierfür zeigt, dass das Informiert werden und Informiert sein eine wichtige Voraussetzung im Prozess der Bürgerbeteiligung ist. Denn nur wer rechtzeitig und umfassend informiert ist, kann sich aktiv an Diskussionen und Entscheidungsprozessen beteiligen.

Selbstverständlich ist, dass ein gewisses eigenes Interesse motivations- und beteiligungssteigernd wirkt. Mit 78,2 % Zustimmung liegt dann auch die Bedingungen 'wenn mich das Thema interessieren würde' an vierter Stelle. Dieses Interesse muss nicht unbedingt durch eine direkte Betroffenheit, sei es durch (negative) Auswirkungen von Planungen (41,3 %) oder durch Maßnahmen im engeren Wohnumfeld (38,4 %),

---

<sup>1)</sup> Über den Bekanntheitsgrad städtischer Informationsmaterialien siehe Kapitel 7 in: Repräsentative Kundenbefragung Ergebnisse, Teil 1, Verwaltungs- und Dienstleistungsqualität.

hervorgehoben werden. Viel eher ist wohl ein allgemeineres Interesse an bestimmten Themen notwendig: z.B. Verkehr, Kinder; Wohnen, usw. .

Ebenfalls selbstverständlich ist, dass der Zeitaufwand für die BürgerInnen in einem erträglichen Rahmen bleiben muss (72,1 %).

**Tabelle 9: Wichtigkeit von Bedingungen für die Teilnahmebereitschaft an kommunalen Planungen und Vorhaben**

Bedingungen	auf jeden Fall erfüllt sein		könnte erfüllt sein, braucht aber nicht		spielt keine Rolle		insgesamt		ohne Angabe
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	
Meinungen und Vorschläge der Bürger ernstgenommen werden	846	90,9	68	7,3	17	1,8	931	100,0	107
Vorschläge umgesetzt werden	728	82,9	132	15,0	18	2,1	878	100,0	160
rechtzeitige Bekanntgabe von Vorhaben	729	81,7	140	15,7	23	2,6	892	100,0	146
Thema interessiert	683	78,2	152	17,4	38	4,4	873	100,0	165
Vorschläge stärker berücksichtigt werden	655	73,9	209	23,6	22	2,5	886	100,0	152
erträglicher Zeitaufwand	602	72,1	183	21,9	50	6,0	835	100,0	203
neue Formen des Gesprächs und der Beteiligung	483	57,6	293	34,9	63	7,5	839	100,0	199
Bürger und Verwaltung gleichberechtigt	400	49,3	315	38,8	97	11,9	812	100,0	226
Betroffenheit	353	41,3	303	35,5	198	23,2	854	100,0	184
engeres Wohnumfeld	326	38,4	322	38,0	200	23,6	848	100,0	190
Anerkennung	86	11,5	268	35,8	394	52,7	748	100,0	290
Freunde oder Bekannte mitmachen	72	9,5	293	38,5	396	52,0	761	100,0	277

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

Mit einem größeren Abstand (14,5 %-Punkte) folgt dann erst der Wunsch 'nach neueren Formen des Gesprächs und der Beteiligung' (57,6 %).

So gut wie keine Rolle spielen die Bedingungen 'es müsste eine Anerkennung geben' (11,5 %) und 'Freunde und Bekannte sollten ebenfalls mitmachen' (9,5 %).

Unter den 61 eigenen Nennungen durch die Befragten wurden nochmals vier Bereiche thematisiert:

#### 1. Verhältnis Bürger – Verwaltung

*Verwaltung nicht Selbstzweck, sondern Hilfe für die Bürger; es wird zuviel über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden; demokratische Miteinbeziehung der Bürger (siehe Schweiz); mehr Demokratieverständnis; Mitarbeiter der Verwaltung = Partner der Bürger; Aufbruch des elitären hierarchischen Veranstalterblocks; Transparenz in der Entscheidungsfindung in der Verwaltung; Respektierung der Mehrheitsentscheidung; Bürgerentscheidungen können Politiker überstimmen:*

#### 2. Mehr Bürgerbeteiligung

*Bürgerabstimmungen; Bürgeranhörung und Mitspracherecht; erst Bürgerbeteiligung, dann planen; direkte Befragung der Bürger; rechtzeitige Beteiligung im möglichen rechtlichen Rahmen; Engagement im Bereich Kinder und Senioren; auch Bürger beteiligen, die Kommunikationschwierigkeiten haben; alle Bürger sollten die Chance haben sich zu beteiligen- nicht nur Firmeninhaber;*

### 3. Der Umgang mit den Bürgern

*Ehrlichkeit; Fairness und Respekt zwischen Amt und Bürger; nach Reden Taten folgen lassen; mehr Ehrlichkeit und Offenheit gegenüber dem Bürger; ernstgemeinte Verbesserungsvorschläge berücksichtigen; Diskussionsbereitschaft; ernst im Dialog – Spaß an der Arbeit;*

### 4. Konkrete Hinweise auf die Durchführung von Bürgerbeteiligung

***Internetseiten zu allen Projekten; öffentliche Mailinglisten; Basisinformationen auch bei späterem Projekteintritt; Zeiten der Treffen müssten beruhsfreundlich sein; kleinräumige Foren; umfassende Vorinformationen; Kinderbetreuung; Unterrichtung über den Stand der Diskussion (z.B. im Internet); Zusammenarbeit mit Schulen und Jugendlichen;***

Wie schon bei den Gründen zur Nichtteilnahme an kommunalen Planungen und Vorhaben lassen sich auch bei den Bedingungen für eine Teilnahme Unterschiede zwischen einzelnen soziodemografischen Merkmalen feststellen.

#### 3.3.1. Alter

Bei einer Differenzierung nach den Altersgruppen gibt es bei drei Bedingungen altersmäßige Unterschiede in der Bewertung.

Die Bedingung 'es müssten Freunde und Bekannte mitmachen' wird mit zunehmendem Alter immer unwichtiger (siehe Tabelle 10), auch wenn es bei den jüngeren Befragten keine unbedingte Muss-Bedingung ist. Dieses Ergebnis zeigt, dass bei den jüngeren Befragten möglicherweise noch gewisse Ängste bestehen, sich alleine in einem Gremium, Arbeitskreis oder Forum zu präsentieren.

Umgekehrt verhält es sich mit den beiden anderen Bedingungen 'wenn es um das engere Wohnumfeld ginge' und 'wenn ich von Planungen oder Maßnahmen betroffen wäre'. Diese Bedingungen gewinnen mit zunehmendem Alter an Bedeutung. Wie schon anfangs des Kapitels festgestellt, sinkt mit zunehmendem Alter generell die Beteiligungsbereitschaft. Neben den persönlichen Gründen wie sich zu alt fühlen, Krankheit, spielt sicherlich auch der Gedanke 'dies sollen ruhig die Jüngeren machen' eine Rolle. Ähnliches ist auch bei den Älteren Befragten zu vermuten, die sich eine Teilnahme vorstellen könnten, aber nur noch für ihren unmittelbaren Lebensbereich und nicht mehr für allgemeinere Planungen oder Entwicklungen.

**Tabelle 10: Voraussetzungen für die Teilnahme an kommunalen Planungen nach Altersklassen**

Altersklassen	muß erfüllt sein		könnte erfüllt sein		spielt keine Rolle		insgesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
<b>Bekannte und Freunde müssten mitmachen</b>								
18-24 Jahre	10	11,5	47	54,0	30	34,5	87	100,0
25-34 Jahre	19	10,8	80	45,5	77	43,8	176	100,0
35-44 Jahre	5	2,9	71	40,8	98	56,3	174	100,0
45-54 Jahre	12	9,4	42	33,1	73	57,5	127	100,0
55-64 Jahre	13	14,0	20	21,5	60	64,5	93	100,0
65-74 Jahre	7	18,4	10	26,3	21	55,3	38	100,0
75 Jahre u.ält.	1	6,3	6	37,5	9	56,3	16	100,0
ohne Angabe	5	10,0	17	34,0	28	56,0	50	100,0
<b>insgesamt</b>	<b>72</b>	<b>9,5</b>	<b>293</b>	<b>38,5</b>	<b>396</b>	<b>52,0</b>	<b>761</b>	<b>100,0</b>
<b>engeres Wohnumfeld</b>								
18-24 Jahre	25	29,1	36	41,9	25	29,1	86	100,0
25-34 Jahre	55	31,1	72	40,7	50	28,2	177	100,0
35-44 Jahre	73	38,8	76	40,4	39	20,7	188	100,0
45-54 Jahre	45	32,8	55	40,1	37	27,0	137	100,0
55-64 Jahre	56	45,5	44	35,8	23	18,7	123	100,0
65-74 Jahre	37	67,3	11	20,0	7	12,7	55	100,0
75 Jahre u.ält.	12	52,2	5	21,7	6	26,1	23	100,0
ohne Angabe	23	39,0	23	39,0	13	22,0	59	100,0
<b>insgesamt</b>	<b>326</b>	<b>38,4</b>	<b>322</b>	<b>38,0</b>	<b>200</b>	<b>23,6</b>	<b>848</b>	<b>100,0</b>
<b>von Planungen und Maßnahmen betroffen</b>								
18-24 Jahre	27	30,7	42	47,7	19	21,6	88	100,0
25-34 Jahre	51	28,7	81	45,5	46	25,8	178	100,0
35-44 Jahre	80	42,8	66	35,3	41	21,9	187	100,0
45-54 Jahre	57	40,1	48	33,8	37	26,1	142	100,0
55-64 Jahre	65	54,6	28	23,5	26	21,8	119	100,0
65-74 Jahre	32	58,2	11	20,0	12	21,8	55	100,0
75 Jahre u.ält.	17	70,8	5	20,8	2	8,3	24	100,0
ohne Angabe	24	39,3	22	36,1	15	24,6	61	100,0
<b>insgesamt</b>	<b>353</b>	<b>41,3</b>	<b>303</b>	<b>35,5</b>	<b>198</b>	<b>23,2</b>	<b>854</b>	<b>100,0</b>

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

### 3.3.2. Sozialer Status

Eindeutige Differenzierungen gibt es bei der Bedingung 'der Zeitaufwand muss in einem erträglichen Rahmen bleiben', wenn nach dem sozialen Status der Befragten unterschieden wird (siehe Tabelle 11). So halten nur 58,3 % der Befragten mit einem niedrigen Status diese Bedingung für absolut notwendig, während es bereits 71,3 % der Befragten mit einem mittleren Status sind und 76,4 % der Befragten mit einem hohen Status. Schon bei den Gründen für eine Nichtteilnahme war fehlende Zeit ein Grund für die Befragten mit einem höheren Status. Berufliche Belastungen oder das bereits vorhandene Engagement in Vereinen oder Organisationen dürften hierfür die Hauptursachen sein.

Unterschiedlich ist noch die Bewertung der Bedingungen 'es müssten Freunde und Bekannte mitmachen' und 'es müsste eine Anerkennung geben': Vorranggeschickt sei aber, dass auch diese beiden Bedingungen für alle Befragten, egal welchen Status sie haben, im Vergleich

zu den anderen Bedingungen nur eine nachgeordnete Bedeutung haben. Auf die Erfüllung dieser Bedingungen legen die Befragten mit einem niedrigeren bzw. mittleren sozialen Statuts etwas mehr Wert als die Befragten mit einem hohen Status, wie die [Tabelle 11](#) zeigt.

**Tabelle 11: Voraussetzungen für die Teilnahme an kommunalen Planungen nach dem sozialen Status**

sozialer Status	muß erfüllt sein		könnte erfüllt sein		spielt keine Rolle		insgesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
<b>Zeitaufwand muß erträglich bleiben</b>								
niedrig	35	58,3	16	26,7	9	15,0	60	100,0
mittel	258	71,3	85	23,5	19	5,2	362	100,0
hoch	272	76,4	67	18,8	17	4,8	356	100,0
ohne Angabe	37	64,9	15	26,3	5	8,8	57	100,0
<b>insgesamt</b>	<b>602</b>	<b>72,1</b>	<b>183</b>	<b>21,9</b>	<b>50</b>	<b>6,0</b>	<b>835</b>	<b>100,0</b>
<b>Bekannte und Freunde müssten mitmachen</b>								
niedrig	9	15,8	15	26,3	33	57,9	57	100,0
mittel	42	13,0	123	38,1	158	48,9	323	100,0
hoch	13	4,0	130	39,5	186	56,5	329	100,0
ohne Angabe	8	15,4	25	48,1	19	36,5	52	100,0
<b>insgesamt</b>	<b>72</b>	<b>9,5</b>	<b>293</b>	<b>38,5</b>	<b>396</b>	<b>52,0</b>	<b>761</b>	<b>100,0</b>
<b>es müsste eine Anerkennung geben</b>								
niedrig	9	16,1	20	35,7	27	48,2	56	100,0
mittel	49	15,6	110	34,9	156	49,5	315	100,0
hoch	21	6,4	119	36,2	189	57,4	329	100,0
ohne Angabe	7	14,6	19	39,6	22	45,8	48	100,0
<b>insgesamt</b>	<b>86</b>	<b>11,5</b>	<b>268</b>	<b>35,8</b>	<b>394</b>	<b>52,7</b>	<b>748</b>	<b>100,0</b>

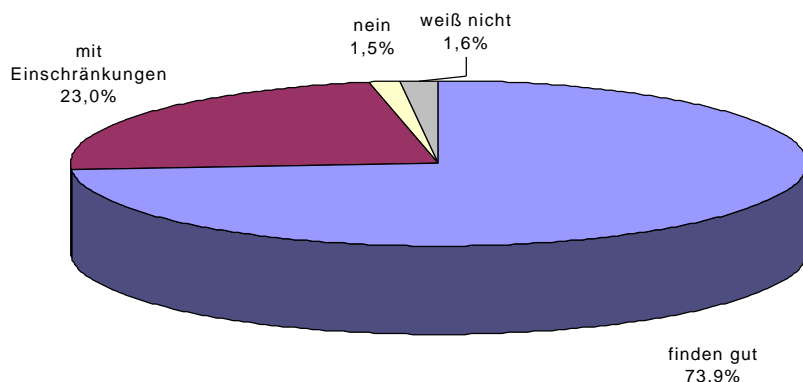
Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

#### 4. Beteiligung von Kinder und Jugendlichen

Bestimmte Gruppen (Behinderte, Senioren, Ausländer) an kommunalen Planungen zu beteiligen, wenn es um deren Belange geht oder sie davon betroffen sind, ist schon ein länger erprobtes Verfahren. Neu sind aber die Bemühungen auch Kinder und Jugendliche verstärkt anzusprechen, so dass sie selbst mit auf ihre Lebensbereiche Einfluss nehmen können. Die Verfahren hierzu sind recht verschieden: Jugendparlamente, Einladungen als 'Experten' bei ganz bestimmten Vorhaben z.B. Bau von Skaterbahnen, oder auch spezielle Umfragen die sich nur an Kinder und Jugendliche richten. In Saarbrücken wurden bisher vereinzelt Kinder und Jugendliche mit beteiligt. Da dies von Seiten der Verwaltung auch intensiviert werden soll, war die Frage, ob dies die BürgerInnen auch gut heißen. Besonders interessiert die Einschätzung der Eltern, da als Erziehungsberechtigte ihre Bereitschaft und Unterstützung mit notwendig ist.

Die Kinder und Jugendlichen verstärkt an kommunalen Planungen zu beteiligen, soweit es Kinder und Jugendliche betrifft, halten 73,9 % der 1.817 Befragten, die eine gültige Antwort abgaben, für eine gute Sache. 22,3 % der Befragten haben dabei gewisse Bedenken. ohne Diese Bedenken wurden aber in der Umfrage nicht näher erfasst (siehe [Abbildung 4](#)).

**Abbildung 4: Zustimmung zu den Plänen der Stadtverwaltung Kinder und Jugendliche stärker zu beteiligen**



Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

Weiter ist von Interesse, inwieweit es Unterschiede in der Bewertung zwischen den Befragten gibt, bei denen noch Kinder (<18 Jahre) im Haushalt wohnen und ob die Bereitschaft bzw. die fehlende Bereitschaft, sich selbst an kommunalen Planungen zu beteiligen, Einfluss auf die Zustimmung zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hat.

Wie die [Tabelle 12](#) zeigt, gibt es bezüglich des Merkmals 'Kinder im Haushalt' Unterschiede in der Zustimmung. So stimmen insgesamt 'nur' 71,5 % der Befragten ohne Kinder im Haushalt einer Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu, während es 83,6 % der Befragten mit Kinder im Haushalt sind.

**Tabelle 12: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nach der eigenen Beteiligung an kommunalen Planungen und ob Kinder im Haushalt vorhanden sind**

Beteiligung von Kinder und Jugendlichen	Beteiligung an kommunalen Planungen (Befragte/er)								Gesamt			
	nein				ja							
	Kinder (<18 J.) im Haushalt				Kinder (<18 J.) im Haushalt				Kinder (<18 J.) im Haushalt			
	nein		ja		nein		ja		nein		ja	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
finden gut	468	70,2	91	82,0	572	72,6	200	84,4	1.040	71,5	291	83,6
mit Einschränkungen	163	24,4	19	17,1	198	25,1	36	15,2	361	24,8	55	15,8
nein	15	2,2			11	1,4	1	0,4	26	1,8	1	0,3
weiß nicht	21	3,1	1	0,9	7	0,9			28	1,9	1	0,3
insgesamt	667	100,0	111	100,0	788	100,0	237	100,0	1.455	100,0	348	100,0

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

Die eigene Bereitschaft sich an kommunalen Planungen und Vorhaben zu beteiligen hat dabei keinen Einfluss auf die Befürwortung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Denn in beiden Gruppen ist die Zustimmung fast identisch - 84,4 % bei den Befragten, die sich an kommunalen Planungen beteiligen und 82,0 % bei den Befragten, die sich nicht beteiligen würden.

die Befragten bei denen im Haushalt Kinder wohnen, unterscheiden sich in der Zustimmung zur Kinder und Jugendbeteiligung, gleichgültig ob sie sich selbst beteiligen würden oder nicht, nicht voneinander (mit Selbstbeteiligung 84,4 %, ohne Selbstbeteiligung 82,0 %).

Entsprechend einheitlich ist daher auch die Zustimmung bei den Befragten ohne Kinder (mit eigener Beteiligung 72,6 %, ohne eigene Beteiligung 70,2 %).

Hinsichtlich dem Alter, dem Geschlecht, dem sozialen Status oder zwischen Deutschen und Ausländern lassen sich keine weiteren Unterschiede in der Zustimmung feststellen.

Die große Zustimmung insbesondere bei den Befragten mit Kindern zeigt, dass Kinder und Jugendliche an kommunalen Prozessen, soweit es um deren Belange geht, beteiligt werden sollten. Es ist selbstverständlich, dass kind- und jugendgerechte Beteiligungsformen dafür gefunden werden müssen.

Erste Schritte in diese Richtung wurden vom Referat 'Kids' im Amt für Kinder und Jugendliche der Landeshauptstadt Saarbrücken bereits gemacht; z.B.:

- Kinderbeteiligung bei der Spielplatzgestaltung (Am Staden, Neuplanung 'Erlebnisspielraum Am Krenzelsberg')
- Jugendbandförderprogramm (gemeinsam mit Jugendlichen wurden Probenräume für Bands gesucht)
- Gestaltung der Jugendinternetseiten der Landeshauptstadt Saarbrücken (Jap-Net)

und sollten aufgrund dieser Ergebnisse ausgebaut und fortgeführt werden.

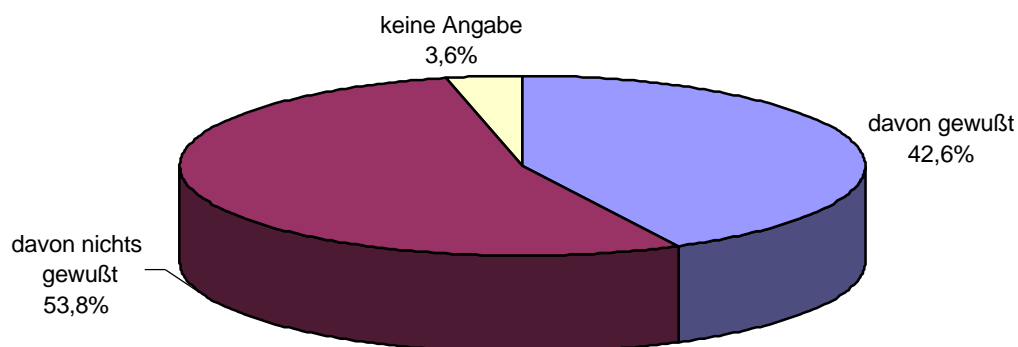
## 5. Patenschaften bei kommunalen Aufgaben

Bürgerbeteiligung braucht sich nicht nur auf die Teilnahme bei Planungen beschränken, sondern kann darüber hinaus sich auch auf Leistungen erstrecken, die von der Verwaltung erbracht werden müssten. In der Landeshauptstadt Saarbrücken besteht z.B. seit ungefähr 15 Jahren für die BürgerInnen die Möglichkeit sogenannte Patenschaften z.B. für frisch gepflanzte Bäume, Grünanlagen oder auch Spielplätze zu übernehmen. Die BürgerInnen übernehmen in Absprache mit dem zuständigen Fachamt ehrenamtlich Aufgaben, die das entsprechende Fachamt zu leisten hätte. Sinn dieser Patenschaften ist es, schnell, unbürokratisch und direkt vor Ort zu handeln, um Gefahren z.B. vertrocknen von Pflanzen, Gefährdung von Kindern, usw. abzuwenden.

42,6 % der Befragten hatten von der Möglichkeit, Patenschaften zu übernehmen, gewusst (siehe [Abbildung 5](#)).

Da hierfür nicht tagtäglich geworben wird, ist zu vermuten, dass jüngere Befragte oder auch Befragte, die noch nicht solange in Saarbrücken wohnen, diese Möglichkeit nicht kennen<sup>1)</sup>. Wie [die Tabellen 13 und 14](#) zeigen, treffen diese Vermutungen zu.

**Abbildung 5: Kenntnis der Möglichkeit Patenschaften zu übernehmen**



Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

Von den Befragten, die erst maximal 10 Jahre in Saarbrücken wohnen, wussten im Durchschnitt nur 25 % der Befragten von der Möglichkeit der Patenschaft. Ab 11 Jahren Wohndauer in Saarbrücken springt dann der Anteil der Befragten, die von der Möglichkeit der Patenschaften wussten, auf 41,1 %. Nach einem kleinen Rückgang auf 38,4 % bei den Befragten, die 16-25 Jahre in Saarbrücken wohnen, steigt dann der Anteil der Befragten auf 48,6 % bei einer Wohndauer von 26-50 Jahren und auf über 50 % bei den Befragten, die schon länger als 50 Jahre in Saarbrücken wohnen.

<sup>1)</sup> Zu berücksichtigen ist natürlich, dass das Alter und die Wohndauer auch in einem Zusammenhang stehen.

Denn je jünger die Befragten, desto kürzer ist naturgemäß auch die Wohndauer. Zum anderen finden sich unter den jüngeren Befragten auch Studenten, deren Wohndauer ebenfalls kürzer und zeitlich befristet ist.

Tabelle 13: Kenntnis der Möglichkeit Patenschaften zu übernehmen nach der Wohndauer in Saarbrücken

Wohndauer in Saarbrücken	Möglichkeit Patenschaften zu übernehmen				Gesamt	
	davon gehört		nicht davon gehört			
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
1-2 Jahre	22	22,2	77	77,8	99	100,0
3-5 Jahre	23	24,2	72	75,8	95	100,0
6-10 Jahre	36	27,9	93	72,1	129	100,0
11-15 Jahre	37	41,1	53	58,9	90	100,0
16-25 Jahre	78	38,4	125	61,6	203	100,0
26-50 Jahre	306	48,6	323	51,4	629	100,0
51 Jahre und länger	252	53,6	218	46,4	470	100,0
ohne Angabe	44	47,8	48	52,2	92	100,0
insgesamt	798	44,2	1.009	55,8	1.807	100,0

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

Differenziert nach dem Alter, steigt der Anteil der Befragten, die die Möglichkeit der Patenschaften kennen, kontinuierlich von 29,8 % in der Gruppe der 18-24-Jährigen auf 54,5 % bei den 55-64-Jährigen an. Danach verringert er sich der Anteil der Befragten wieder auf 52,5 % bei den 65-74-Jährigen und auf 44,0 % bei den über 75-Jährigen.

Tabelle 14: Kenntnis der Möglichkeit Patenschaften zu übernehmen nach Altersklassen

Altersklassen	Möglichkeit Patenschaften zu übernehmen				Gesamt	
	davon gehört		nicht davon gehört			
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
18-24 Jahre	37	29,8	87	70,2	124	100,0
25-34 Jahre	83	30,2	192	69,8	275	100,0
35-44 Jahre	130	41,0	187	59,0	317	100,0
45-54 Jahre	130	47,8	142	52,2	272	100,0
55-64 Jahre	176	54,8	145	45,2	321	100,0
65-74 Jahre	125	52,5	113	47,5	238	100,0
75 Jahre u.ält.	59	44,0	75	56,0	134	100,0
ohne Angabe	58	46,0	68	54,0	126	100,0
insgesamt	798	44,2	1.009	55,8	1.807	100,0

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

### 5.1. Bereitschaft Patenschaften zu übernehmen

Für fast 2/3 der Befragten kommt eine Patenschaft nicht in Frage. 4,5 % der Befragten wäre ohne wenn und aber dazu bereit und 32,9 % der Befragten könnten sich eine Patenschaft unter gewissen Bedingungen vorstellen. Dieses Ergebnis ist gegenüber der Bereitschaft sich an kommunalen Planungen zu beteiligen entgegengesetzt. Hierbei konnten sich immerhin 58 % der Befragten eine Beteiligung vorstellen.

Unterschiedlich ist die Bereitschaft Patenschaften zu übernehmen hinsichtlich des Alters. Vor allem jüngere Befragte sind dazu tendenziell eher bereit als ältere Befragte (siehe Tabelle 15). So sagten 49,6 % der Befragten im Alter zwischen 18-24 Jahren, dass für sie keine Patenschaft in Frage käme. Dieser Anteil erhöht sich dann kontinuierlich bis auf 85,0 % in der Altersgruppe 75 Jahre und älter.

**Tabelle 15: Bereitschaft Patenschaften zu übernehmen nach Altersklassen**

Altersklassen	Bereitschaft Patenschaften zu übernehmen						Gesamt	
	ohne wenn und aber		unter best. Bedingungen		nicht bereit			
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
18-24 Jahre	7	5,7	55	44,7	61	49,6	123	100,0
25-34 Jahre	8	2,9	126	45,7	142	51,4	276	100,0
35-44 Jahre	14	4,6	128	41,7	165	53,7	307	100,0
45-54 Jahre	12	4,5	85	31,6	172	63,9	269	100,0
55-64 Jahre	18	6,0	91	30,2	192	63,8	301	100,0
65-74 Jahre	8	3,5	39	17,3	179	79,2	226	100,0
75 Jahre u.ält.	4	3,3	14	11,7	102	85,0	120	100,0
ohne Angabe	8	6,7	34	28,6	77	64,7	119	100,0
insgesamt	79	4,5	572	32,9	1.090	62,6	1.741	100,0

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

Auch hinsichtlich des sozialen Status lassen sich wieder Unterschiede feststellen. So sagten 73,3 % der Befragten mit einem niedrigen sozialen Status, dass sie nicht bereit wären Patenschaften zu übernehmen, während von den Befragten mit einem hohen sozialen Status es nur 54,5 % der Befragten waren. Aber auch in dieser Gruppe will die Mehrheit keine Patenschaft übernehmen.

**Tabelle 16: Bereitschaft Patenschaften zu übernehmen nach dem sozialen Status**

sozialer Status	Bereitschaft Patenschaften zu übernehmen						Gesamt	
	ohne wenn und aber		unter best. Bedingungen		nicht bereit			
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
niedrig	8	3,3	57	23,5	178	73,3	243	100,0
mittel	39	5,0	249	31,6	499	63,4	787	100,0
hoch	27	4,8	228	40,6	306	54,5	561	100,0
ohne Angabe	5	3,3	38	25,3	107	71,3	150	100,0
insgesamt	79	4,5	572	32,9	1.090	62,6	1.741	100,0

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

## 5.2. Warum werden keine Patenschaften übernommen?

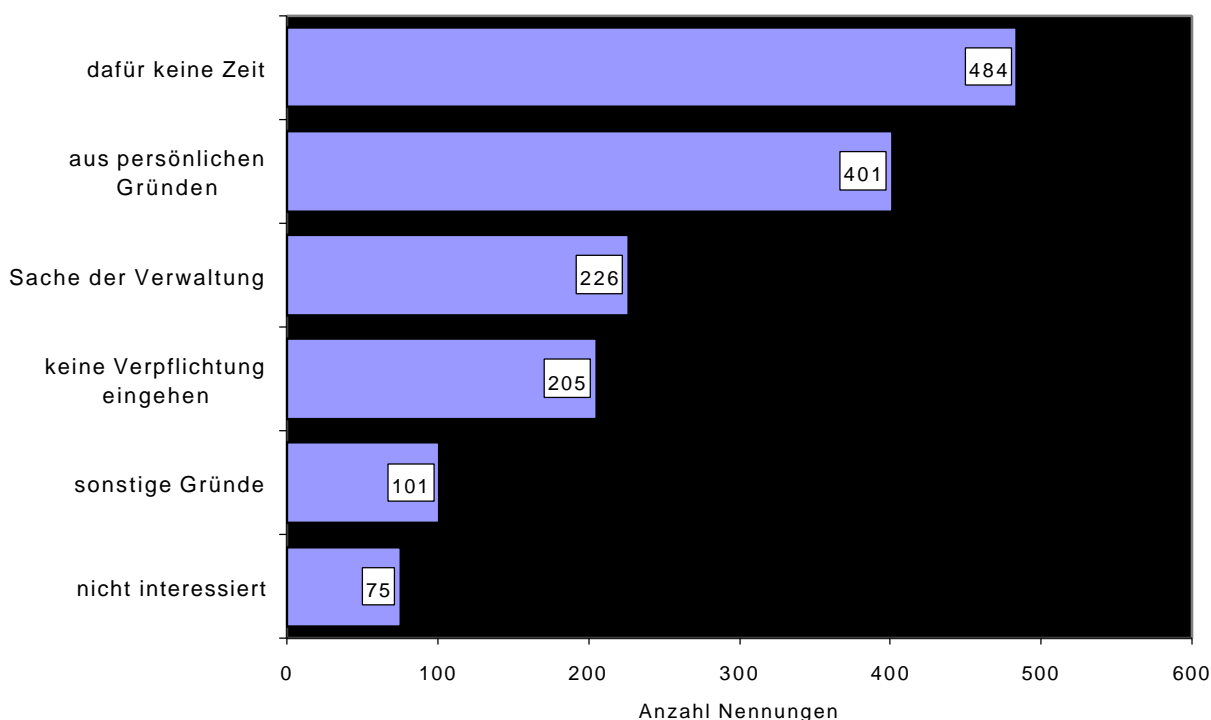
Wie die [Abbildung 6](#) zeigt, sind die am häufigsten genannten Gründe, warum eine Patenschaft nicht übernommen werden kann, dass 'dafür keine Zeit' vorhanden sei (484 Nennungen) und aus 'persönlichen Gründen z.B. Alter, Krankheit, ...' (401 Nennungen). Mit jeweils etwas über 200 Nennungen folgen die Gründe, dass dies 'Sache der Verwaltung sei und dass man 'nicht bereit sei Verpflichtungen einzugehen'. 75 Befragte nannten auch noch, dass sie 'kein Interesse' haben.

Unter den 101 sonstigen Nennungen wurde am häufigsten folgende Gründe angeführt.

- Keine Zeit, da schon durch Familie, Beruf oder andere Aufgaben ausgelastet (24 Nennungen)
- Arbeitsmöglichkeit für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger (9 Nennungen)
- Hat doch keinen Zweck/Sinn (Vandalismus, Hunde, aber auch durch fehlende Akzeptanz bei den anderen BürgerInnen) (12 Nennungen)
- Sache der Verwaltung, dafür werden doch Steuern gezahlt (6 Nennungen)
- Zu unregelmäßig in Saarbrücken, längere Zeit nicht in Saarbrücken (5 Nennungen)
- Vernichtung von Arbeitsplätzen, besonders bei der Stadtverwaltung (3 Nennungen)
- Sonstige Einzelnennungen

**Wie schon bei den Gründen für eine Nichtteilnahme an kommunalen Planungen, zeigen sich auch hier wieder unterschiedliche Nennungshäufigkeiten einzelner Gründe, wenn nach bestimmten soziodemografischen Merkmalen unterschieden wird.**

**Abbildung 6: Anzahl Nennungen von Gründen für die Nichtübernahme von Patenschaften**



### 5.2.1. Alter

Wird nach dem Alter differenziert, sind 'keine Zeit' und 'kein Interesse' die häufigsten Antworten der jüngeren Befragten. Mit zunehmendem Alter spielen 'persönliche Gründe' wie z.B. zu alt, Krankheit, eine immer größere Rolle.

Auch hier haben vor allem die jüngeren Befragten im Alter von 18-24 Jahre wieder überdurchschnittlich klar geäußert, dass sie an Patenschaften kein Interesse haben.

**Tabelle 17: Gründe für die Nichtteilnahme an Patenschaften nach Altersklassen (in %)**  
(Mehrfachnennungen)

Gründe für die Nichtteilnahme an Patenschaften	Alter								Gesamt
	18-24 Jahre	25-34 Jahre	35-44 Jahre	45-54 Jahre	55-64 Jahre	65-74 Jahre	75 Jahre u.ält.	ohne Angabe	
Sache der Verwaltung	21,3	24,6	25,5	22,1	28,1	12,8	5,9	19,5	20,7
dafür keine Zeit	72,1	67,6	72,1	58,7	35,4	11,2	6,9	37,7	44,4
nicht interessiert	24,6	14,8	7,3	4,7	5,7	1,7	1,0	5,2	6,9
aus persönlichen Gründen	6,6	8,5	9,1	18,0	41,1	76,5	89,2	41,6	36,8
keine Verpflichtung eingehen	18,0	28,2	24,2	20,9	16,7	14,5	3,9	20,8	18,8
sonstige Gründe	9,8	13,4	13,9	12,8	8,3	3,9	2,9	6,5	9,3
Anzahl Befragte	61	142	165	172	192	179	102	77	1.090

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

Die Altersklassen 25-54 Jahre nennen am häufigsten 'keine Zeit' und danach 'keine Verpflichtung eingehen' zu wollen, entfielen in den Altersklassen 25-34 Jahre, 35-44 Jahre und 45-54 Jahre, nach dem Grund 'keine Zeit', die zweit häufigsten Nennungen.

Relativ einheitlich wird bis zur Altersklasse 55-64 Jahre genannt, dass die Aufgaben, die durch die Patenschaften übernommen werden sollen, 'Sache der Verwaltung' seien. Fast jeder 4. Befragte in diesen Altersgruppen nannte dies mit als Grund, warum keine Patenschaft übernommen wird. In der Altersgruppe 65-74 Jahre war es nur noch jeder 8. Befragte und von den 75-Jährigen und älter sogar nur jeder 20. Befragte.

### 5.2.2. Sozialer Status

Bei einer Differenzierung nach dem sozialen Status der Befragten fallen zwei Gründe besonders auf: keine Zeit und aus persönlichen Gründen.

Steigt mit zunehmendem sozialen Status der Grund 'keine Zeit' von 32,6 % bei den Befragten mit einem niedrigem Status auf 55,2 % bei den Befragten mit einem hohen Status, verhält es sich mit dem Grund 'aus persönlichen Gründen' genau umgekehrt. Die Hälfte alle Befragten mit einem niedrigen Status nannte dies als Grund, während es nur jeder 4. Befragte mit einem hohen sozialen Status war.

**Tabelle 18: Gründe für die Nichtteilnahme an Patenschaften nach dem sozialen Status (in %) (Mehrfachnennungen)**

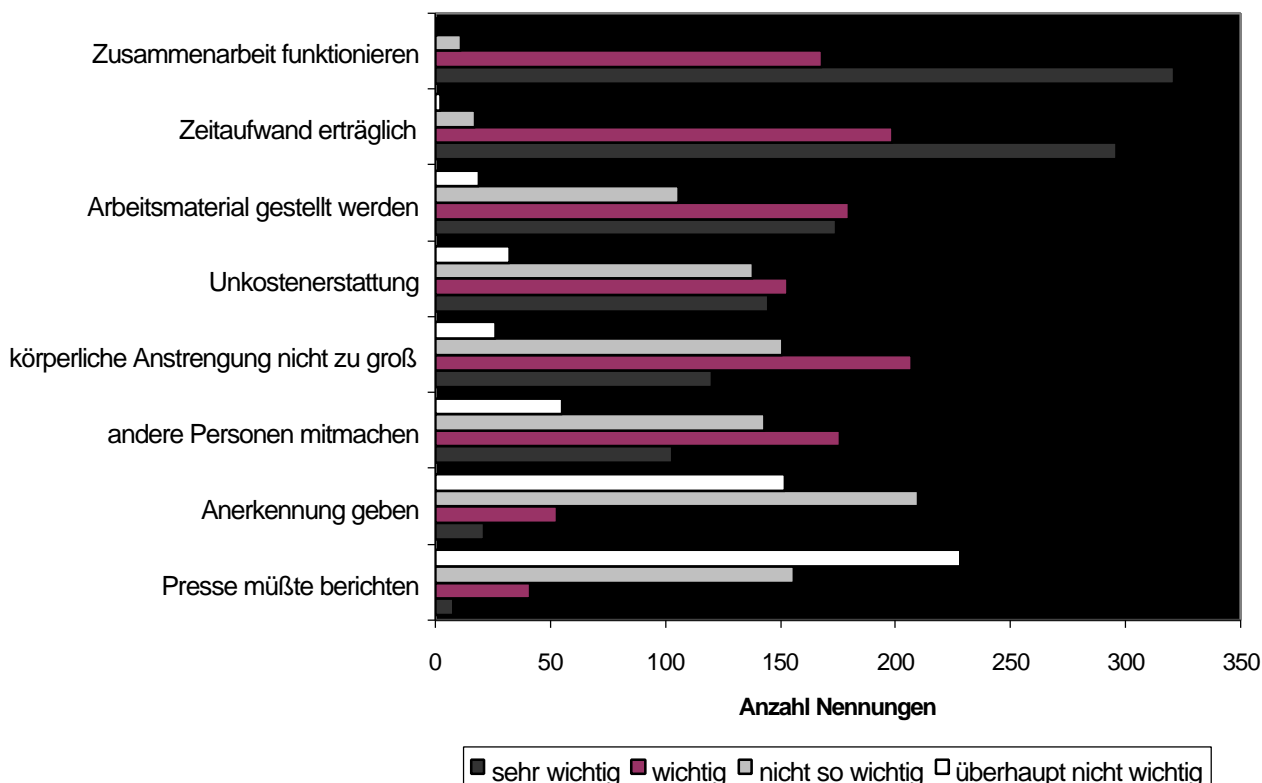
Gründe für die Nichtteilnahme an Patenschaften	sozialer Status				Gesamt
	niedrig	mittel	hoch	ohne Angabe	
Sache der Verwaltung	19,1	20,6	22,2	19,6	20,7
dafür keine Zeit	32,6	44,7	55,2	31,8	44,4
nicht interessiert	9,0	6,2	6,5	7,5	6,9
aus persönlichen Gründen	50,6	35,7	25,5	51,4	36,8
keine Verpflichtung eingehen	18,0	21,6	16,7	13,1	18,8
sonstige Gründe	6,7	9,6	10,8	7,5	9,3
Anzahl Befragte	178	499	306	107	1.090

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

### 5.3. Bedingungen, die bei der Übernahme von Patenschaften erfüllt sein sollten

Von den 572 Befragten, die sich eine Patenschaft unter bestimmten Bedingungen vorstellen könnten, ist die Zusammenarbeit mit der entsprechenden Dienststelle die wichtigste Bedingung. 64,1 % der Befragten sagten, dass ihnen diese Bedingung sehr wichtig ist. Dies zeigt ganz klar, dass die BürgerInnen nur dann bereit sind sich zu engagieren, wenn sie mit den von ihnen übernommenen Aufgaben durch die Stadtverwaltung nicht alleingelassen werden.

**Abbildung 7: Wichtigkeit von Bedingungen bei der Übernahme von Patenschaften**



Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

Ebenso wichtig (57,6 %) ist den Befragten aber auch die Bedingung 'der Zeitaufwand muss in einem erträglichen Rahmen bleiben'. Die wichtige Rolle des Faktors 'Zeit' hat sich auch schon bei den Gründen, warum eine Patenschaft nicht übernommen werden kann, gezeigt.

Mit einem gewissen Abstand folgen Gründe, die sich auf die finanziellen Faktoren einer Patenschaft beziehen. Wenn die BürgerInnen schon bereit sind, Arbeitskraft und -zeit zu investieren und dies kostenlos, sollten ihnen dadurch keine zusätzlichen Ausgaben oder Kosten für Arbeitsmaterial entstehen. Im einzelnen halten 36,3 % die Bereitstellung von Arbeitsmaterial für sehr wichtig und 31,0 % der Befragten die Übernahme der anfallenden Unkosten.

Nicht mehr ganz so wichtig sind die Gründe 'die körperlichen Anstrengungen dürften nicht zu groß sein' und 'es müssen noch andere Personen mitmachen'.

Ganz am Ende der Prioritätenskala rangieren die Gründe 'es müsste eine Anerkennung geben' und 'es sollte darüber in der Presse berichtet werden'. Vier von fünf Befragten halten diese Punkte für nicht so wichtig bzw. für überhaupt nicht wichtig.

**Tabelle 19 : Mittelwertvergleich von Bedingungen bei der Übernahme von Patenschaften nach Altersklassen**

Bedingungen bei der Übernahme von Patenschaften Mittelwert Anzahl Befragte	Altersklassen								insgesamt
	18-24 Jahre	25-34 Jahre	35-44 Jahre	45-54 Jahre	55-64 Jahre	65-74 Jahre	75 Jahre u.ält.	ohne Angabe	
<b>Zusammenarbeit funktionieren</b>									
Mittelwert	1,48	1,36	1,27	1,39	1,35	1,70	1,67	1,50	1,39
Anzahl Befragte	52	120	122	77	66	30	6	28	501
<b>Zeitaufwand</b>									
Mittelwert	1,33	1,29	1,43	1,55	1,53	1,81	1,60	1,80	1,46
Anzahl Befragte	52	123	123	73	77	31	5	30	514
<b>Arbeitsmaterial gestellt werden</b>									
Mittelwert	1,74	1,81	1,93	2,14	1,90	2,67	1,50	1,93	1,94
Anzahl Befragte	53	121	117	70	61	24	6	27	479
<b>Kosten erstattet</b>									
Mittelwert	1,77	2,03	2,14	2,33	2,27	2,44	.	2,00	2,12
Anzahl Befragte	53	120	112	70	59	25		26	468
<b>körperliche Anstrengung</b>									
Mittelwert	2,50	2,27	2,27	2,06	1,91	1,69	1,45	2,40	2,16
Anzahl Befragte	52	121	116	72	67	35	11	30	504
<b>andere Personen mitmachen</b>									
Mittelwert	2,21	2,39	2,37	2,35	2,15	2,23	.	2,36	2,31
Anzahl Befragte	53	120	115	68	60	30		28	477
<b>Anerkennung geben</b>									
Mittelwert	2,92	3,10	3,18	3,21	3,08	3,47	.	3,12	3,13
Anzahl Befragte	53	117	103	66	49	19		26	436
<b>Presse müsste berichten</b>									
Mittelwert	3,40	3,47	3,39	3,42	3,17	3,47	.	3,36	3,39
Anzahl Befragte	53	117	107	64	47	19		25	433

! wegen zu geringer Fallzahlen, keine Aussage möglich

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

Hinsichtlich dem Alter oder dem sozialen Status lassen sich nur geringfügige Abweichungen bei einzelnen Gründen von der Gesamtbeurteilung feststellen, wie die Mittelwertvergleiche<sup>1)</sup> zeigen (siehe Tabelle 19 und 20).

So wird z.B. ganz selbstverständlich mit zunehmendem Alter die körperliche Belastung ein immer wichtigerer Grund. Liegt der Mittelwert bei den 18-24-Jährigen bei 2,50, also zwischen wichtig bzw. nicht so wichtig verringert sich der Mittelwert bis auf 1,45 (fast sehr wichtig) bei den über 74-Jährigen.

**Auffallend ist, dass die 18-24-Jährigen, aber auch die ältesten Befragten, die finanziellen Aspekte (Arbeitsmaterialien, Unkostenerstattung und Anerkennung) im Vergleich zu den anderen Altersgruppen etwas stärker gewichten. Diese stärkere Gewichtung der finanziellen Gründe haben auch die Befragten mit einem niedrigen Status. Die etwas stärkere Gewichtung dieser Faktoren ist höchstwahrscheinlich durch die knappen finanziellen Mittel dieser Personengruppen zu erklären.**

Bei den Befragten mit einem niedrigen sozialen Status hat der Grund 'andere Personen müssten noch mitmachen' eine etwas stärkere Bedeutung.

**Tabelle 20 : Mittelwertvergleich von Bedingungen bei der Übernahme von Patenschaften nach dem sozialen Status**

Bedingungen bei der Übernahme von Patenschaften Mittelwert Anzahl Befragte	sozialer Status				insgesamt
	niedrig	mittel	hoch	ohne Angabe	
<b>Zusammenarbeit funktionieren</b>					
Mittelwert	1,46	1,35	1,42	1,30	1,39
Anzahl Befragte	48	219	201	33	501
<b>Zeitaufwand</b>					
Mittelwert	1,54	1,46	1,46	1,42	1,46
Anzahl Befragte	48	225	208	33	514
<b>Arbeitsmaterial gestellt werden</b>					
Mittelwert	1,71	1,90	2,03	1,97	1,94
Anzahl Befragte	48	205	197	29	479
<b>Kosten erstattet</b>					
Mittelwert	2,12	2,05	2,25	1,80	2,12
Anzahl Befragte	43	200	195	30	468
<b>körperliche Anstrengung</b>					
Mittelwert	1,74	2,14	2,26	2,33	2,16
Anzahl Befragte	47	217	204	36	504
<b>andere Personen mitmachen</b>					
Mittelwert	1,87	2,26	2,52	2,09	2,31
Anzahl Befragte	46	206	192	33	477
<b>Anerkennung geben</b>					
Mittelwert	2,85	3,15	3,22	2,85	3,13
Anzahl Befragte	40	185	185	26	436
<b>Presse müsste berichten</b>					
Mittelwert	3,45	3,33	3,45	3,39	3,39
Anzahl Befragte	40	182	183	28	433

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

<sup>1)</sup> Der Mittelwert errechnet sich aus den Werten 1 'sehr wichtig bis 4 'überhaupt nicht wichtig'. Je kleiner der Mittelwert, desto wichtiger die Bedingung

## 6. Lokale Agenda 21

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurden alle Kommunen der Welt aufgefordert, in ihrem Wirkungskreis sich für eine nachhaltige Entwicklung einzusetzen. Das heißt, die Gemeinden sollen eigene Strategien entwickeln und verfolgen, für eine schonende Nutzung natürlicher Ressourcen, und damit langfristig zur Sicherung der Lebensqualität und der Schließung von (Stoff-) Kreisläufen beizutragen. Diese Aufforderung ist im Abschlussdokument dieser Konferenz im Kapitel 28 der Agenda 21 festgehalten und wird kurz 'Lokale Agenda 21' genannt. Ein wichtiger Bestandteil ist dabei die Bürgernähe und die Bürgerbeteiligung.

Im November 1998 hat der Saarbrücker Stadtrat beschlossen, dass auch die Stadt Saarbrücken an diesem Prozess mitwirkt. Die Beteiligung der BürgerInnen begann im September 1999 mit einem ersten stadtweitem Forum. Inzwischen haben sich bereits thematische Fachforen gebildet.

### 6.1. Kenntnis des Begriffs 'Lokale Agenda 21'

Um die BürgerInnen zum mitmachen gewinnen zu können, ist eine wichtige Voraussetzung, sie mit den Ideen und Gedanken der 'Lokalen Agenda 21' vertraut zu machen und sie zu informieren. Deshalb sollte mit der Kundenbefragung 2000 in Erfahrung gebracht werden, in wieweit der Begriff 'Lokale Agenda 21' bekannt ist, um nötigenfalls die Öffentlichkeitsarbeit weiter zu verstärken.

**1.495 Befragte (81,8 %) sagten, dass sie von der 'Lokalen Agenda 21' bisher noch nichts gehört hätten. Damit kennen nur 18,2 % der Befragten diesen Begriff, darunter nur 4 % auch im Zusammenhang mit der Kommunalpolitik von Saarbrücken.**

**Ein Vergleich mit zwei Umfragen in den Städten Wiesbaden<sup>1)</sup> und Nürnberg<sup>2)</sup> zeigt, dass der Saarbrücker Kenntnisstand des Begriffs 'Lokale Agenda' etwas niedriger ist<sup>3)</sup>, wie in Wiesbaden und Nürnberg. In Wiesbaden kannten 38 % der Befragten den Begriff, wobei aber nur 2/3 dieser Befragten den Begriff etwas näher erklären konnten und somit nur 25 % als 'Informierte' anzusehen waren. In Nürnberg konnten 8 % der Befragten den Begriff umfassender erklären und 21 % der Befragten nur in Teilaspekten.**

Hinsichtlich einzelner demografischer Merkmale zeigen sich klare Unterschiede in der Kenntnis des Begriffes. Ein unterschiedlicher Kenntnisstand lässt sich beim Alter feststellen (siehe Tabelle 21). Von den jüngsten Befragten, im Alter zwischen 18-24 Jahre, haben 25,4 % von der 'Lokalen Agenda 21' schon einmal gehört, während es durchschnittlich nur 18,3 % der Befragten sind. Auffällig ist aber, dass der Kenntnisstand dieser Altersgruppe eher allgemeinerer Art ist und sich dabei nicht konkret auf die Kommunalpolitik in Saarbrücken bezieht. Denn nur 3,3 % der 18-24-Jährigen Befragten hatten von der 'Lokalen Agenda 21' im Zusammenhang mit der Kommunalpolitik von Saarbrücken gehört, während es bei den 25-44-Jährigen knapp über 5 % waren.

Weitere Unterschiede lassen sich bei dem sozialen Status feststellen. Mit zunehmendem sozialen Status steigt die Kenntnis des Begriffs 'Lokale Agenda 21', auch im Zusammenhang mit der Kommunalpolitik von Saarbrücken (siehe Tabelle 21).

<sup>1)</sup> Stadtbeobachtung aktuell 10/1999, Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

<sup>2)</sup> Grundauszählung Umfrage "Umwelt in Nürnberg", Amt für Stadtforschung und Statistik 1999

<sup>3)</sup> Aufgrund der etwas unterschiedlichen Fragestellungen und Erhebungsdesigns sind die Ergebnisse nicht direkt vergleichbar, zeigen aber doch den allgemein niedrigen Kenntnisstand in der Bevölkerung.



**Tabelle 21: Kenntnis des Begriffs 'Lokale Agenda 21' nach Altersklassen und dem sozialen Status**

	Kenntnis des Begriffs 'lokale Agenda 21'						Gesamt	
	nein		ja, ganz allgemein		ja, auch im Zusammenhang mit der Kommunalpolitik v. Saarbrücken			
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
<b>insgesamt</b>	1.495	81,8	257	14,1	76	4,2	1.828	100,0
<b>Altersklassen</b>								
18-24 Jahre	91	74,6	27	22,1	4	3,3	122	100,0
25-34 Jahre	234	84,8	28	10,1	14	5,1	276	100,0
35-44 Jahre	266	84,4	32	10,2	17	5,4	315	100,0
45-54 Jahre	225	81,2	41	14,8	11	4,0	277	100,0
55-64 Jahre	247	77,4	58	18,2	14	4,4	319	100,0
65-74 Jahre	195	81,6	39	16,3	5	2,1	239	100,0
75 Jahre u. älter	115	83,3	19	13,8	4	2,9	138	100,0
ohne Angabe	122	85,9	13	9,2	7	4,9	142	100,0
<b>sozialer Status</b>								
niedrig	229	89,5	27	10,5			256	100,0
mittel	680	83,4	114	14,0	21	2,6	815	100,0
hoch	435	76,3	90	15,8	45	7,9	570	100,0
ohne Angabe	151	80,7	26	13,9	10	5,3	187	100,0

Landeshauptstadt Saarbrücken – Amt für Statistik und Wahlen -

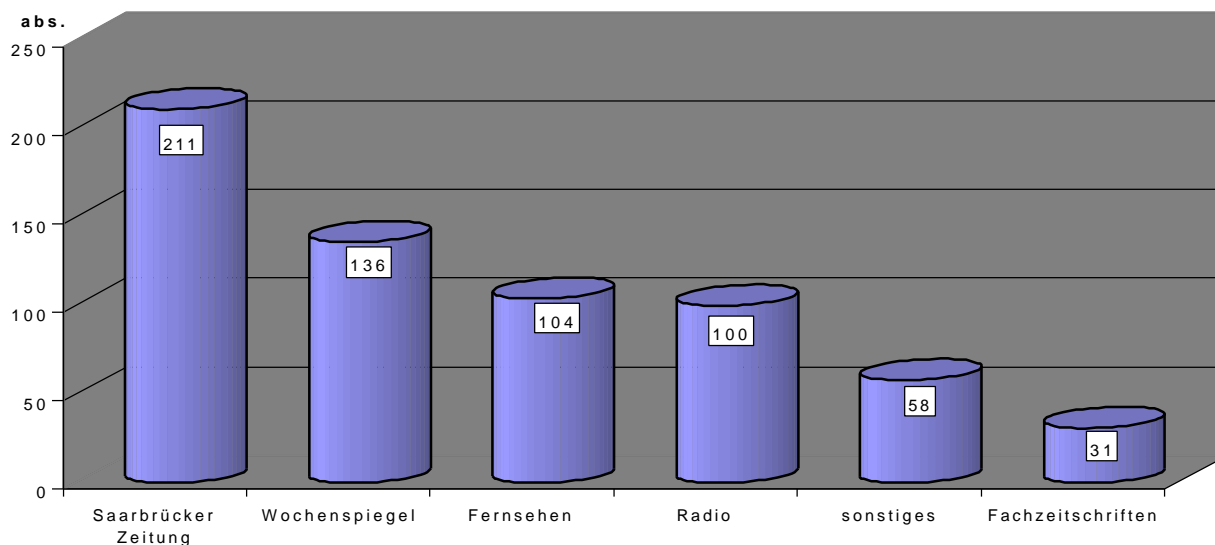
Bei aller Differenzierung darf aber nicht übersehen werden, dass auch in den Gruppen, die überdurchschnittlich informiert waren, im Schnitt  $\frac{3}{4}$  der Befragten von der 'Lokalen Agenda 21' noch nichts gehört hatten, also auch bei diesen Gruppen Informationsbedarf besteht.

## 6.2. Medien, mit denen sich über die 'Lokale Agenda 21' informiert wurde

Die geringe Kenntnis des Begriffs 'Lokale Agenda 21' in der Bürgerschaft und damit höchstwahrscheinlich auch über deren Aufgaben und Ziele macht es notwendig, hierüber die BürgerInnen verstärkt zu informieren, da Bürgernähe und Bürgerbeteiligung wichtige Elemente im Prozess der 'Lokalen Agenda 21' sein sollen.

Für die Befragten, die schon einmal von dem Begriff 'Lokale Agenda 21' gehört hatten, waren die üblichen Medien insbesondere aber die Saarbrücker Zeitung, die häufigsten Informationsquellen, über die sie von der 'Lokalen Agenda 21' erfuhren (siehe Abbildung 8).

**Abbildung 8: Anzahl Nennungen der Medien, mit deren Hilfe sich die Befragten über die 'Lokale Agenda 21' informierten (Mehrfachnennungen)**



Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Statistik und Wahlen -

Da gut 80 % der Saarbrücker BürgerInnen nicht informiert sind ist eine umfassende Informationskampagne notwendig.

Vor dem Hintergrund des unterschiedlichen Kenntnisstandes z.B. zwischen jungen und alten Befragten oder Befragten mit niedrigem und hohem sozialen Status, aber auch vor der Tatsache, dass die Informationsmedien der Stadtverwaltung relativ unbekannt sind<sup>1)</sup>, wird alleine eine Erhöhung der Beiträge in diesen Medien sicherlich nur zum Teil zu einer verbesserten Information der BürgerInnen führen.

Notwendig erscheinen zielgruppenspezifische Kampagnen, sowohl was den Inhalt als auch die Art und Weise der Informationsübermittlung betreffen. So ist z.B. bei jüngeren Befragten teilweise ein allgemeiner Wissensstand vorhanden, der aber um den Aspekt der konkreten Aktionen vor Ort verstärkt werden muss. Dies sollte in einer jugendlich ansprechenden Weise geschehen. 'Salü Saarbrücken' im Wochenspiegel z. B. reicht dabei für diese Zielgruppe nicht aus, da die jüngeren Befragten dieses Medium nicht nutzten. Noch schwieriger wird es sein, Personen mit einem niedrigerem sozialen Status zu erreichen, da sich in dieser Personengruppe überdurchschnittlich viele nur wenig oder überhaupt nicht für die Kommunalpolitik interessieren und daher zusätzlich bei diesen Personen auch noch das Desinteresse überwunden werden muss.

<sup>1)</sup> Siehe hierzu auch das Kapitel 7 im ersten Teil der Ergebnisse der Kundenbefragung 2000.

## 7. Anregungen, Kritik und Lob

Da im Fragebogen nur bestimmte Themen abgefragt wurden, hatten die Befragten noch die Möglichkeit all das zu notieren, was sie noch zusätzlich bewegte. 259 Befragte machten von dieser Möglichkeit Gebrauch. Diese Hinweise sind zwar nicht repräsentativ, werfen aber doch ein Licht auf mögliche Schwachstellen. In einigen Fällen, bei denen die Befragten auf ihre Anonymität verzichteten, konnte sogar schon während der Umfrage Abhilfe geschaffen werden.

Insgesamt wurden 4 Themengebiete häufiger angesprochen:

1. die Kundenbefragung selbst (43 Nennungen)
2. die Verwaltung (120 Nennungen)
3. der Verkehr und Parken (42 Nennungen)
4. die Sauberkeit (37 Nennungen)

### 7.1. Kundenbefragung und Fragebogen

18 Befragten halten die Kundenbefragung explizit für eine gute Sache. Sie heben hervor, dass endlich mal nach der Meinung der BürgerInnen gefragt wird.

Ebenfalls mit 18 Nennungen wurde Kritik am Fragebogen geübt. Kritisiert wurde der Umfang und die Länge des Fragebogens, der zum Fragebogen nicht passende Umschlag oder dass die eine oder andere Frageformulierung bzw. Begriff nicht verstanden wurden. Von einigen Befragten wurde aber auch das Gegenteil behauptet, die Fragen und Antwortmöglichkeiten seien klar und verständlich und der Fragebogen übersichtlich aufgebaut.

6 Befragte äußerten Zweifel an der zugesicherten Anonymität. Die Zweifel bestanden vor allem wegen der Rücklaufnummer und zum anderen aus der Verbindung von persönlichen Angaben und z.B. der Distriktnummer.

Vereinzelt wurde noch daraufhingewiesen, dass die Ergebnisse auch veröffentlicht und auch umgesetzt werden sollten.

### 7.2. Verwaltung

**Bei den Hinweisen zur Verwaltung lassen sich nochmals vier Themenbereiche unterscheiden:**

- Lob und
- Kritik an die Verwaltung,
- explizite Forderung nach Ausweitung des Dienstleistungstages und
- die Forderung nach mehr Informationen aus und über die Verwaltung

Positives wurde der Verwaltung in 21 Nennungen bescheinigt. Das Lob reichte dabei von einzelnen Ämtern bis hin zur Aussage, dass sich die Leistungen der Verwaltung in den letzten 10 Jahren verbessert haben. Oft wurde das Lob der einen Dienststelle aber durch die Kritik an einer anderen Dienststelle relativiert. Auf dem einen Amt seien die MitarbeiterInnen sehr höflich und nett gewesen, während auf dem anderen Amt die Freundlichkeit der MitarbeiterInnen doch noch stark verbesserungswürdig wäre.

Kritik wurde in 53 Nennungen angesprochen. Ein Hauptkritikpunkt ist das Verhalten der MitarbeiterInnen. Fehlende Freundlichkeit, arrogantes Auftreten, Behandlung von oben herab oder sich als störender Bittsteller zu fühlen, sind Schlagworte die öfters gebraucht wurden.

Vereinzelt wurden dabei auch konkrete Ämter genannt<sup>1)</sup>: Ordnungsamt, Standesamt, Umweltamt, Sozialamt, Untere Bauaufsicht und Ausländeramt.

In 2-3 Nennungen wurde Kritik auch am Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetriebe Saarbrücken A.S.S. geübt. Neben der Unfreundlichkeit der MitarbeiterInnen wurde Organisatorisches bemängelt: Sperrmüllabfuhr nur an einem bestimmten Tag, fehlende Möglichkeit der Überweisung der Abfuhrgebühr.

Zum Dienstleistungstag wurden 14 Anmerkungen gemacht. Fast einheitlich fordern die Befragten eine Ausweitung des Dienstleistungstages. Die Forderungen reichen von einer Verlängerung bis 20.00 Uhr, der Einführung eines 2. Dienstleistungstages z.B. am Dienstag oder sogar am Samstag. Auch sollten die Öffnungszeiten einheitlicher gestaltet werden.

Mehr Informationsangebote bzw. Informationen wurde von 32 Befragten angeregt. Neben den klassischen Informationen wie Öffnungszeiten, Telefonnummern oder der Lage der Ämter wurde angeregt, diese Informationen besser zu bündeln und zu präsentieren. Vorschläge hierzu waren Videotext, Regionalfernsehen oder Broschüren, wobei es nicht zu viele spezielle Broschüren geben sollte. Darüber hinaus wurden gezieltere Informationen zum Ehrenamt, den Patenschaften oder zu besonderen Veranstaltungen verlangt.

### 7.3. Verkehr und Parken

Alle Bereiche des städtischen Verkehrs wurden angesprochen.

Kritisiert wurde ganz allgemein der schlechte Straßenzustand inklusive der Bürgersteige in Saarbrücken als auch in bestimmten Straßen (Höhenweg, Wacholderfeld Richtung Schafbrücke, im Bereich der Universität, Bürgersteige im Bereich Rodenhof). Insgesamt wurde dies neunmal genannt.

In 14 Nennungen wurde auf das Parken eingegangen. Kritisiert wurde das Konzept des Anwohnerparkens und es wurde auf einzelne konkrete Parkprobleme hingewiesen.

Probleme sehen einige Befragte auch mit der Verkehrsführung, die zu Staus, Lärm, Schleichverkehr oder zur Gefährdung von Kindern führt. Fehlende Kontrolle in 30 Km/h Zonen oder zu viele bzw. ungenügende Beschilderungen wurden ebenfalls angesprochen.

Am öffentlichen Nahverkehr wurden von einzelnen Befragten die schlechte Verkehrsanbindung vom Eschberg zur Saarbahn oder die schlechte Takthäufigkeit an Wochenenden nachts zwischen 2 bis 5 Uhr in entferntere Stadtteile bemängelt. Hingewiesen wurde auch auf den Umsteigepunkt in Brebach. Hier würde eine Rolltreppe für Gehbehinderte, ältere Menschen usw. fehlen. Auch sollte ein P+R Parkplatz eingerichtet werden. Vereinzelt gab es auch Kritik an der Kundenfreundlichkeit der BusfahrerInnen.

### 7.4. Sauberkeit der Stadt

Der letzte Aspekt auf den eine größere Anzahl von Nennungen entfällt, ist die Sauberkeit der Stadt. Neben allgemeinen Aussagen, dass Saarbrücken schmutzig und ungepflegt ist und von Jahr zu Jahr es immer schlimmer wird, wurde der Dreck um die Wertstoffcontainer bzw. überfüllte Container genannt. Auch die mangelnde Pflege der Grünanlagen (Bäume und Sträucher gestutzt, zuviel Laub auf den Wegen, zu hohes Gras, usw.) trägt aus der Sicht dieser Befragten nicht zu einem positiven Erscheinungsbild der Stadt bei. Hundekot ist wie immer ein Thema.

---

<sup>1)</sup> Zur Freundlichkeit von Mitarbeitern auf den einzelnen Ämtern siehe Kundenumfrage 1997.

## 7.5 sonstige Nennungen

In geringerem Maße (unter 10 Nennungen) wurden noch folgende Themen angesprochen:

- zu hohe Abgaben, Steuern und Gebühren
- mehr Spielplätze und Möglichkeiten für Jugendliche
- mehr Grün
- mehr Sicherheit bzw. belästigt werden durch bestimmte Randgruppen
- fehlende Attraktivität der Stadt
- fehlende Arbeitsmöglichkeiten

## 8. Fazit und Zusammenfassung

Die Stadt Saarbrücken will sich in ihren Modernisierungsbemühungen stärker an den Wünschen und Bedürfnissen der BürgerInnen orientieren. Dazu gehört auch eine stärkere Bürgerbeteiligung, die über die rein rechtlichen und formalen Anforderungen hinausgeht. Die Verwaltung wollte deshalb mit der Kundenbefragung 2000 in Erfahrung bringen, welche Gruppen überhaupt an einer stärkeren Beteiligung interessiert sind und welche Anforderungen die Befragten dabei an die Verwaltung stellen.

Eine vermehrte Beteiligung an kommunalen Planungen ist für die Mehrheit der Befragten vorstellbar. Eine wichtige Voraussetzung ist aus Sicht der Befragten, dass die Verwaltung die BürgerInnen ernst nimmt und im Umgang mit den BürgerInnen dem Rechnung trägt (rechtzeitige Informationen, Vorschläge der Bürger stärker berücksichtigt, erarbeitete Vorschläge auch umsetzt,....).

Eine stärkere Beteiligung an kommunalen Planungen und Vorhaben könnten sich eher jüngere Befragte, Männer oder Befragte mit einem höheren sozialen Status vorstellen. Auch für Befragte die bereits aktiv in Vereinen/Organisationen Mitglied sind, ist eine stärkere Beteiligung denkbar. Jedoch entstehen daraus aber auch Probleme, die einer stärkeren Beteiligung im Wege stehen. Je stärker die Befragten durch Aktivitäten im Freizeitbereich oder durch den Beruf belastet sind, desto wichtiger wird für diese Befragten der Faktor Zeit. Auf der einen Seite war dies mit der wichtigste Grund, warum keine Beteiligung in Frage kommt bzw. der Zeitaufwand muss für sie in einem erträglichen Rahmen bleiben, wenn sie sich beteiligen.

Konnte sich eine Mehrheit noch eine stärkere Beteiligung an kommunalen Planungen und Vorhaben vorstellen, kommt eine aktive Patenschaft für Spielplätze, Blumenbeete oder Grünanlagen für die Mehrheit der Befragten nicht mehr in Betracht. Die häufigst genannten Ablehnungsgründe waren, hierfür keine Zeit, aus persönlichen Gründen (Krankheit, Alter, usw.), keine Verpflichtung eingehen, aber auch kein Interesse. Für die Befragten, die sich eine Patenschaft vorstellen können, sind eine funktionierende Zusammenarbeit mit dem Fachamt und ein erträglicher Zeitaufwand die wichtigsten Bedingungen. Nicht mehr ganz so wichtig ist, dass Arbeitsmaterial gestellt wird und anfallende Kosten erstattet werden.

Im Rahmen der 'Lokalen Agenda 21' ist die Bürgerbeteiligung ein elementarer Bestandteil. Die BürgerInnen können aber nur dann zur Mitarbeit gewonnen werden, wenn sie über die 'Lokale Agenda' ausreichend informiert sind. Es hat sich in der Umfrage gezeigt, dass nur 18 % der Befragten den Begriff 'Lokale Agenda 21' überhaupt kennen. 4 % der Befragten hatten ihn auch im Zusammenhang mit der Kommunalpolitik von Saarbrücken schon einmal gehört. Hier besteht also Informationsbedarf.

Viele BürgerInnen können sich vorstellen, sich im kommunalen Bereich zu engagieren. Um diese Personen zum mitmachen zu gewinnen, ist es notwendig, sie gezielt anzusprechen. Denn wie die Umfrage gezeigt hat, sind je nach soziodemografischer Gruppe die Ablehnungsgründe bzw. die Bedingungen, die sie an eine Teilnahme knüpfen, oder der Wissensstand sehr unterschiedlich. Vor dem Hintergrund des zur Zeit nicht ausreichenden Informationsmanagements der Stadtverwaltung (siehe Ergebnisse Kundenbefragung 2000, Teil 1), bedarf es hierfür besonderer Anstrengungen.